LIBERALISMUS

OPTIMISTISCH IN EIN NEUES MORGEN

DERFREYDENKER

IN DUBIO PRO LIBERTATE

Vorwort

Wer in den letzten Wochen den Wahlkampf miterlebt hat, der wird viel gehört haben von Politikern, die sich die Probleme der Menschen zu Herzen nehmen und diese zu lösen versprechen. Der Staat, so erklären fast alle, wird das schon machen. Den Klimawandel, den Häuserbau oder die Wirtschaftskrise sollen und wollen Politikerinnen lösen.

Wer dabei kaum auftaucht, ist der normale Bürger. Die Überlegung, dass die meisten Probleme unserer Zeit nicht von Abgeordneten in Parlamenten und Beamten in Bürogebäuden gelöst werden könnten, sondern von Menschen wie Du und ich, scheint wenig populär.

Dabei ist genau das die Idee des Liberalismus. Die Idee, dass alle Menschen mit gleicher Würde ausgestattet sind und daher grundlegende Rechte sowie die Freiheit genießen sollten, ihr Leben selbst zu gestalten. Die Idee, dass jede Einzelne in den meisten Fällen am besten weiß, was sie glücklich macht und keine fernen Bürokraten braucht, die ihr sagen, was gut für sie ist. Die Idee, dass die im fairen Wettstreit stehenden Unternehmer viel mehr Fortschritt schaffen als Politiker. — Und das nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch der Gesellschaft überhaupt.

Der Liberalismus hat in der kurzen Zeitspanne seiner Existenz gewaltigen Fortschritt geschaffen. Sowohl auf moralischer Ebene — man denke an die Abschaffung der Sklaverei — als auch auf wirtschaftlicher Ebene — heute leben 9% der (deutlich größeren) Weltbevölkerung in extremer Armut, 1800 waren es noch 85%. Nichtsdestotrotz sind Liberalismus und Marktwirtschaft wenig populär. Dieses Magazin möchte daher den Liberalismus in den Mittelpunkt stellen und einen Einblick geben, wo er her kommt, was ihn ausmacht und wie liberale Antworten auf aktuelle Probleme aussehen könnten.

An dieser Stelle möchten wir uns nochmal herzlich bei unseren Unterstützern bedanken, zu denen das Atlas Network, Prometheus - Das Freiheitsinstitut, das Austrian Economics Center sowie der Schweizer Monat zählen.

Viel Freude bei der Lektüre

Max Molden und das Team des Freydenkers

Der Freydenker dankt allen seinen Unterstützern

PROMETHEUS DAS FREIHEITSINSTITUT

Hayek Institut Friedrich August v. Hayek Institut

schweizer monat SEIT 1921

ATLAS NETWORK

Der Freydenker

Der Freydenker ist ein Studenten-Magazin, das politische, moralische, gesellschaftliche und verwandte Themen aus einer liberalen Perspektive betrachtet. Unser Ziel ist es, der Freiheit eine Stimme zu verleihen und insbesondere der jungen Generation die Vorzüge, aber auch die Fragilität der Freiheit aufzuzeigen. Wir bieten allen Interessierten die Chance, auf unserem Blog Artikel zu veröffentlichen sowie Teil unserer Redaktion zu werden.

European Students For Liberty

Der Freydenker ist Teil der Students For Liberty. SFL ist die größte liberale Studentengruppe der Welt. Als liberale Studenten wissen wir, dass Freiheit ein kostbares Gut und keineswegs selbstverständlich ist. Wir sind hier, um die Welt zu verändern und zu einem freieren Ort zu machen. Unser Ziel ist langfristiger Wandel hin zu einer freieren Gesellschaft. Unsere Grundwerte sind wirtschaftliche, persönliche und akademische Freiheit.

DER FREYDENKER
IN DUBIO PRO LIBERTATE

Inhaltsverzeichnis

Liberalismus als Verfassungsphilosophie westlicher Gesellschaften (Ingo Pies) 4

Zurück zu den Wurzeln des Liberalismus: die Schottische Aufklärung (Karen Horn) 6

Die Federalist Papers und die Geburt der liberalen Republik (Xaver Spörl) 8

“Werde ein Sklave und sei frei” — Interview mit Deirdre McCloskey 12

Liberale Bücherecke (Max Molden) 17

Totalitarismus im 20. Jahrhundert und dessen moralische Ursprünge (Stefan Kosak) 18

Über Statik und Dynamik: Der Ordoliberalismus als Komplement zur Österreichischen Schule (Stefan Kolev) 21

Warum Liberalismus konsequent sein muss (Adam Mazik) 23

Das Fundament unserer Zivilisation (Juan D. Estevez) 25

Was wir von Assange und Wikileaks lernen können: Journalismus und die Notwendigkeit von Anonymität (Bader Zaidan) 28

Freier Wettbewerb im Internet: Ein Tool dafür könnte Interoperabilität sein (Alexandre Kintzinger) 29

Freiheit in der Krise (Paulina Plinke) 32

Ein Manifest der Liberalismus-Kritik (Vincent Czyrnik) 35

Die Rechtstaatlichkeit als Fundament unseres Zusammenlebens (Frank Schäffler) 37

Vorsicht: Demokratie! (Max Remke) 39

Das Leiden am sinnlosen Leben (Rick Wendler) 40

Studenten für die Freiheit e.V.

Der gemeinnützige Verein Studenten für die Freiheit e.V. unterstützt die Arbeit der Students For Liberty Deutschland. Als ehrenamtliche Organisation verfügen wir nur über knappe Mittel und finanzieren unsere lokalen Aktivitäten oftmals selbst. Deswegen sind wir auf großzügige Menschen angewiesen, die unsere Arbeit unterstützen.
Als Fördermitglied leistest Du einen wertvollen Beitrag und ermöglichst uns auch in Zukunft, jungen Menschen die Werte der Freiheit zu vermitteln.
Das erreichen wir vor allem über unser Netzwerk mit vielen Studentengruppen in ganz Deutschland. Wir organisieren jedes Jahr auch eine Reihe überregionaler Veranstaltungen:

Anspruchsvolle wissenschaftliche Formate wie die Nexus-Akademie und das Kontroversenseminar sind an engagierte Schüler und Studenten gerichtet. In Nicht-Pandemie-Zeiten bildet unsere große Konferenz mit über 250 Besuchern im Herbst den Höhepunkt des Jahres. Mit dem FREYDENKER geben wir unser eigenes Studentenmagazin heraus: Es wird kostenlos an deutschen Universitäten sowie auf Konferenzen verteilt und bringt jungen Menschen die Ideen des Liberalismus nahe.

Auf unserer Seite www.studentenfuerdiefreiheit.de findest Du aktuelle Informationen zum Vereinsgeschehen, weiteren Möglichkeiten uns und unsere Arbeit zu unterstützen, und kannst Dich als Fördermitglied registrieren.

Studenten für die Freiheit e.V.
Lindental 14 // 94032 Passau
Amtsgericht Passau // VR 702276

Vorstand i. S. d. §26 BGB: Madeleine Bausch & Rick Wendler

Liberalismus als Verfassungsphilosophie westlicher Gesellschaften

Prof. Ingo Pies über das Wesen und den Kern des Liberalismus, welcher sich durch eine systemische Trias auszeichnet.

Ingo Pies ist Professor für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg. Er ist Begründer der Ordonomik.

Liberalismus ist die Verfassungsphilosophie westlicher Gesellschaften und mithin ein Begleitprodukt der epochalen (und tumultuarischen) Transformation vormoderner, malthusianischer Gesellschaften in moderne, post-malthusianische Gesellschaften. Deren Kennzeichen ist eine systemische Trias: (a) die auf den Wettbewerb der Argumente gegründete Wissenschaft, (b) die auf den Wettbewerb der Unternehmen gegründete Wachstumswirtschaft und (c) die auf den Wettbewerb der Parteien gegründete parlamentarische Demokratie.

Das Zusammenspiel dieser drei Systeme setzt ungeahnte Dynamiken frei, die sich als Befreiungsprozesse beschreiben lassen: (a) Die systemische Wissensproduktion befreit das Denken von traditionellen Tabus sowie Vorurteilen – buchstäblich: *Vor*-Urteilen – und beschleunigt auf diese Weise eine rationale, auf konstruktive Kritik und Gegenkritik basierende Erkenntnisgewinnung. (b) Die systemische Güterproduktion mittels Marktwirtschaft setzt neues Wissen innovativ um und sorgt für eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die die Menschen von Not und Elend befreit und sie nicht nur reicher, sondern auch gesünder, länger und glücklicher leben lässt. (c) Die systemische Rechtsproduktion macht aus Untertanen emanzipierte Bürger, deren Interessen als citoyens das Handeln der Politik(er) bestimmen, ganz so wie ihre Interessen als bourgeois, als souveräne Konsumenten und als souveräne Arbeitsanbieter, das Handeln der Unternehmen bestimmen.

In allen drei Systemen wird Konkurrenz als Instrument zur Förderung gesellschaftlicher Kooperation eingesetzt – und genau deshalb sind alle drei Systeme auf eine bestimmte Form von Ordnung angewiesen, auf eine institutionelle *Verfassung*, die den einzelnen Wettbewerbshandlungen im jeweiligen System einen bestimmten Regelrahmen vorgibt:

(a) Der Ideenwettbewerb in der Wissenschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Kritik von Personen ferngehalten und rein auf Sachfragen gelenkt wird, um einen sozialen Prozess der Fehlerelimination in Gang zu setzen, der das Zusammenspiel von Theorie und Empirie als Wahrheitssuche organisiert und alle sonstigen Interessen in den Hintergrund treten lässt.

(b) Der Produktwettbewerb in der Wirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn man die Koordination von Angebot und Nachfrage der freien Preisbildung überlässt und die Konkurrenten zwingt, Regeln fairen Wettbewerbs zu befolgen. In diesem Sinne ist die Marktwirtschaft auf eine geeignete Rahmenordnung angewiesen, die die Eigentums(übertragungs)rechte der Tauschpartner vorab festlegt und diese Rechte angesichts neuer Herausforderungen, die aufgrund der ungeheuren Dynamik unweigerlich auftreten (müssen!), immer wieder so nachjustiert, dass Märkte zur Lösung sozialer und ökologischer Probleme nachhaltig in Dienst genommen werden.

(c) Nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft, sondern auch die Politik bedarf einer institutionellen Verfassung, damit der Wettbewerb nicht in Anarchie abgleitet. Um Politik im Interesse der Bürger funktional zu konstitu(tionalis)ieren, muss der Wettbewerb geordnet werden. Für eine solche Ordnung haben sich zahlreiche Vorkehrungen als wichtig erwiesen, etwa die Arbeitsteilung zwischen föderalen Ebenen, die Trennung von Legislative und Exekutive, die Etablierung einer unabhängigen Judikative (einschließlich Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit), aber auch eine zensurfreie Öffentlichkeit mit einem plural verfassten Mediensektor zur politischen Meinungsbildung sowie ein Sektor diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen, die auf etwaige Missstände aufmerksam machen und jenen Interessen eine Stimme geben, die ansonsten Gefahr liefen, ungehört zu verhallen.

Alle drei Systeme stellen die traditionelle Logik gesellschaftlichen Beharrens auf den Kopf: (a) Die Wissenschaft räumt kleinen Minderheiten – im Extrem: einem einzelnen Individuum – die Möglichkeit ein, große Mehrheiten zu überzeugen. (b) Die Marktwirtschaft gesteht einzelnen Innovatoren das Recht zu, Neuerungen hervorzubringen, die Konkurrenten in Schwierigkeiten stürzen, so dass ein allgemeiner Konkurrenzdruck entsteht, sich um eigene Pionierleistungen zu bemühen und die erfolgreichen Pionierleistungen anderer möglichst schnell zu imitieren. Auf diese Weise werden Unternehmen veranlasst, den größten Teil der von ihnen geschaffenen Wertschöpfungsrenten an ihre Interaktionspartner abzugeben. Die Folge: Mitarbeiter profitieren in Form höherer Löhne und attraktiverer Arbeitsbedingungen, Kunden in Form niedrigerer Preise und verbesserter Produktqualitäten. Es ist diese wettbewerblich erzwungene Diffusion der Pioniergewinne, die den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung nachhaltig ansteigen lässt. (c) Die Politik macht aus der hierarchisch strukturierten Standesgesellschaft mit rigiden Durchlässigkeitsschranken – man denke nur an die Adelsprivilegien – ein demokratisches Gemeinwesen rechtsgleicher Personen, die sich ebenbürtig begegnen und alle denselben Anspruch auf Menschenrechte und Menschenwürde zuerkannt bekommen, so dass nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft, sondern insbesondere auch die Politik von Exklusion auf Inklusion umgestellt wird: auf die gesellschaftliche Teilhabe unterschiedslos *aller* Personen, unabhängig von Religionszugehörigkeit, Hautfarbe oder Geschlecht.

Die Marktwirtschaft gesteht einzelnen Innovatoren das Recht zu, Neuerungen hervorzubringen, die Konkurrenten in Schwierigkeiten stürzen, so dass ein allgemeiner Konkurrenzdruck entsteht, sich um eigene Pionierleistungen zu bemühen und die erfolgreichen Pionierleistungen anderer möglichst schnell zu imitieren. Auf diese Weise werden Unternehmen veranlasst, den größten Teil der von ihnen geschaffenen Wertschöpfungsrenten an ihre Interaktionspartner abzugeben.

Die Transformation vormoderner, auf landwirtschaftliche Lebensmittelproduktion beschränkter Gesellschaften zu modernen Gesellschaften mit systemisch entfesselter Wissens-, Güter- und Rechtsproduktion geht einher mit einem tiefgreifenden Moralwandel. Die traditionelle Kleingruppenmoral wird – nicht ersetzt, wohl aber – erweitert zu einer Systemmoral, die von unabänderlichen Personeneigenschaften tendenziell absieht und stattdessen das Prinzip in den Vordergrund rückt, dass für alle Personen die gleichen Regeln und mithin die gleichen Rechte und Pflichten zu gelten haben. Die Funktionssysteme der modernen Gesellschaft operieren gewissermaßen ohne Ansehen der Person.

Dies sorgt – auch gegenwärtig – immer noch für große Verwirrung, wenn nicht gesehen wird, dass die mit diesem Moralwandel einhergehende Umstellung von Wertekonsens auf Regelkonsens ganz neue und vergleichsweise extrem leistungsfähige(re) Optionen erschließt, moralische Anliegen ihrer Verwirklichung näher zu bringen. Man kann hier geradezu von einem „Moralparadoxon der Moderne“ sprechen – von der Tendenz eines blinden Flecks für systemmoralischen Fortschritt. Folgende Punkte mögen helfen, diesem Paradoxon mittels historisch korrekter Zurechnung aufklärerisch entgegenzuwirken:

— Der liberale Westen hat die Sklaverei nicht erfunden, sondern vorgefunden – und abgeschafft. Sein Ideal ist die Menschenwürde.

— Der liberale Westen hat den (auf Menschenraub und Ressourcenraub angelegten) Eroberungskrieg nicht erfunden, sondern vorgefunden – und geächtet. Sein Ideal ist nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts.

— Der liberale Westen hat die Armut der Arbeiter und das Elend der Kranken nicht erfunden, sondern vorgefunden – und wirksam bekämpft. Sein Ideal ist die materielle und immaterielle Emanzipation aller Menschen.

— Der liberale Westen hat die Vorherrschaft des Adels nicht erfunden, sondern vorgefunden – und radikal beendet. Sein Ideal ist die bürgerliche Gleichheit vor dem Recht.

— Der liberale Westen hat die Institution staatlicher Herrschaft nicht erfunden, sondern vorgefunden – und rechtsstaatlich domestiziert. Sein Ideal ist Demokratie, d.h. Legitimation durch Zustimmung.

— Der liberale Westen hat die Institution der religiös oder ethnisch begründeten Gemeinschaft nicht erfunden, sondern vorgefunden – und kosmopolitisch befriedet. Sein Ideal ist die global friedliche weltgesellschaftliche Kooperation, die nicht auf Wertekonsens, sondern auf Regelkonsens beruht.

— Der liberale Westen hat das Patriarchat nicht erfunden, sondern vorgefunden – und aufgelöst. Sein Ideal ist die Gleichberechtigung der Geschlechter – und allgemein: Freiheit von Privileg und Diskriminierung (im Hinblick auf Herkunft, Hautfarbe, sexuelle Orientierung etc.).

Zurück zu den Wurzeln des Liberalismus: die Schottische Aufklärung

Prof. Karen Horn über die Ursprünge des Liberalismus und die wichtigsten Denker der Schottischen Aufklärung

Karen Horn lehrt ökonomische Ideengeschichte und Wirtschaftsjournalismus an der Universität Erfurt. Sie lebt in Zürich.

Die Wurzeln des Liberalismus sind lang, tief und weit verzweigt. Eine von ihnen führt in den Norden des Vereinigten Königreichs, zu den Denkern der Schottischen Aufklärung – eine regionale Ausprägung jener großen emanzipatorischen Bewegung des 18. Jahrhunderts in Europa, in der es, wie es der deutsche Philosoph Immanuel Kant (1724-1804) formulierte, um den „Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ ging. Überall wuchs das Bewusstsein, dass die Menschheit ihr Schicksal selbst gestalten kann und dass sie keine Obrigkeit anerkennen muss, die sich nicht per Vernunft begründen lässt.

Die Schottische Aufklärung war Teil einer wissenschaftlichen Blüte, die in einer Zeit rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem „Act of Union“ von 1707 und dem auf dieser Grundlage vollzogenen Zusammenschluss Englands und Schottlands in einem vereinigten britischen Königreich entstehen konnte. Schottland hatte durch die Vereinigung Zugang zu Englands Märkten bekommen, die industrielle Revolution stand vor der Tür. Das schottische Parlament wurde aufgelöst; der politische Zirkus verlagerte sich nach England.

Die Schottische Aufklärung erfasste eine Vielzahl von wissenschaftlichen Fachgebieten, von der Philosophie und der Literatur bis hin zu Chemie und Medizin. Zentren des Geistes waren Edinburgh, Glasgow und Aberdeen. Im Gegensatz zum kontinentalen Trend der Aufklärung war die Schottische Aufklärung stark empirisch verwurzelt; jede Theorie musste sich also an eine Beobachtung der Realität anbinden lassen, um Bestand zu haben (empirisch heißt nicht notwendig statistisch; es geht um die Beobachtung der Realität). Es war diese Fundierung, die die Denker der schottischen Aufklärung vor jenem Rationalismus bewahrte, den der liberale Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek später als Hybris geißelte.

Isaac Newton (1642-1727), Physiker, Mathematiker und Philosoph, war das große inspirierende Vorbild. Für ihn war klar, dass sich die Gesetze der Natur aus der Beobachtung – und nur aus der Beobachtung – erschließen lassen. Den – später geborenen – Denkern der Schottischen Aufklärung ging es nicht so sehr um naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Doch sie wandten Newtons Prinzip der Beobachtung sozialwissenschaftlich an, um den Gesetzmäßigkeiten menschlichen Handelns und der Interaktion auf die Spur zu kommen.

Francis Hutcheson (1694-1746), der ab 1729 den Lehrstuhl für Moralphilosophie an der Universität Glasgow innehatte, gilt als einer der ersten wichtigen Philosophen der Schottischen Aufklärung. Der Ethiker, Logiker und Erkenntnistheoretiker vermutete, dass die Menschen über einen angeborenen inneren „moralischen Sinn“ verfügen, einen Kompass, der zwischen Tugend und Laster zu unterscheiden hilft. Er entwickelte darüber hinaus den moralischen Standard, nach dem eine Handlung moralisch umso

wertvoller ist, je mehr sie von Nächstenliebe getragen ist und je stärker sie die Wohlfahrt anderer Menschen steigert: „das größte Glück der größten Zahl“. Dieses Prinzip ist der Kern des Utilitarismus.

David Hume (1711-1776) publizierte im Alter von 28 Jahren schon sein philosophisches Hauptwerk, „A Treatise of Human Nature“. Erfolgreich war es nicht; das waren erst seine „Essays, Moral, Political and Literary“ (1740 und 1742). Der Philosoph, Historiker und Erkenntnistheoretiker reiste viel; er verdingte sich als Privatsekretär, war Botschafter und Beamter im britischen Außenministerium. Nur einen akademischen Lehrstuhl bekam Hume nie, dafür aber viel Ärger für seine als ketzerisch empfundenen Schriften. Er misstraute der Vernunft, die er als „Sklavin der Leidenschaften“ betrachtete, und das sollte sie auch bleiben. Für Hume war die Vernunft ein Mittel, das einzusetzen ist, um moralische Imperative zu verwirklichen – doch wie diese aussehen, erfahren wir nicht durch die Vernunft, sondern durch unser Empfinden. Auch Hume ging also von einem „moral sense“ aus.

Adam Ferguson (1723-1826), Historiker und Sozialethiker, brachte in seinem Hauptwerk, dem „Essay on the History of Civil Society“ (1767), unter anderem auf den Punkt, worin der Ansatz der Schottischen Aufklärung im Kern besteht – nämlich in der Erkenntnis, dass “[…] nations stumble upon establishments, which are indeed the result of human action, but not the execution of any human design.“ Auf Deutsch: Ordnung ist nicht immer das Ergebnis von „design“, von Planung, noch nicht einmal von „human design“, das auf der Vernunft basiert, wohl aber von „human action“. Sie ist somit manchmal das spontane Ergebnis von nicht weiter kalkulierten Handlungen, die Menschen beispielsweise aus schlichter Gewohnheit vornehmen. Was es zu erforschen gilt, ist eben dieses ungeplante Ergebnis ihrer Interaktion.

Adam Smith (1723-1790) schließlich ist der in der Öffentlichkeit mit Abstand bekannteste der schottischen Aufklärer. 1751 erhielt er eine Professur für Logik in Glasgow und übernahm ein Jahr später den Lehrstuhl für Moralphilosophie. Aus seinen Vorlesungen destillierte Smith sein erstes großes Buch, die „Theory of Moral Sentiments“ (1759). Es geht darin im Wesentlichen um die Frage, wie wir, Individuen und immer auch soziale Wesen, moralische Urteile über uns selbst und andere fällen: mithilfe unserer Vorstellungskraft und der Fähigkeit, uns in andere Menschen hineinzuversetzen, getrieben von Sehnsucht danach, gelobt zu werden und das Lob dann auch verdient zu haben.

Nach dieser ersten Veröffentlichung gab Smith seine Professur auf und begleitete einen Schüler auf mehrjährige Bildungsreise nach Frankreich. Nach der Rückkehr zog er sich in sein Heimatstädtchen zurück, um seine Reisenotizen auszuwerten und ein umfassendes ökonomisches Werk zu verfassen – jenen berühmten „Wealth of Nations“ (1776), mit dem für viele Ökonomen die Zeitrechnung ihres Fachs erst beginnt. Mit seinem reformerischen Impetus wurde es auch wirtschaftspolitisch im 19. Jahrhundert äußerst wirkmächtig.

Die „unsichtbare Hand“ übrigens, für die Smith in der Rezeptionsgeschichte berühmt-berüchtigt wurde, kommt im ganzen Buch nur ein einziges, ziemlich belangloses Mal vor – als Floskel für nichts anderes als einen unbeabsichtigten Nebeneffekt.

In diesem größtenteils philosophisch-beschreibenden Werk legt Smith dar, dass Wohlstand vor allem eine Folge der Arbeitsteilung ist. Die Arbeitsteilung erlaubt es (in einem von unklugen politischen Interventionen möglichst freien „simple system of natural liberty“), die Produktivität der Arbeit durch Spezialisierung und begleitende Kapitalakkumulation und -investition stetig zu erhöhen. Arbeitsteilung entspricht dem natürlichen Kooperationswillen des Menschen, den Smith auch hier wieder als soziales, interaktives Wesen denkt.
Der „Wealth of Nations“ liefert einen frühen umfassenden Überblick über die Preistheorie, eine Geldtheorie, eine freilich selbstwidersprüchliche (Arbeits-)Werttheorie (auf der später Karl Marx aufbaute), eine Außenhandelstheorie (die zur Grundlage des Rufs nach Freihandel wurde), eine Wachstumstheorie sowie eine Theorie der öffentlichen Finanzen mit einer ausführlichen Betrachtung der Staatsaufgaben und der dabei zu berücksichtigenden Anreizprobleme. Die „unsichtbare Hand“ übrigens, für die Smith in der Rezeptionsgeschichte berühmt-berüchtigt wurde, kommt im ganzen Buch nur ein einziges, ziemlich belangloses Mal vor – als Floskel für nichts anderes als einen unbeabsichtigten Nebeneffekt.

Die *Federalist Papers* und die Geburt der liberalen Republik

Xaver Spörl über eine der wichtigsten Perioden der neueren Geschichte und die Notwendigkeit, die Demokratie nüchtern zu betrachten und mittels geeigneter Maßnahmen einzuhegen.

Xaver Spörl lebt in Berlin und arbeitet in der Film- und Fernsehproduktion. Er hat BWL, VWL und Philosophie an der Uni Passau studiert.

Philadelphia, 1787. 55 Delegierte aus 13 Staaten haben sich in jenem Backsteingebäude zusammengefunden, in dem elf Jahre vorher die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten verabschiedet worden war. Keine vier Jahre nach dem Frieden mit Großbritannien sind die ehemaligen Kolonien nach wie vor eher lose anhand der *Articles of Confederation* miteinander verbunden. Als Handels- und Grenzstreitigkeiten zwischen ihnen Überhand nehmen, ist allen Beteiligten klar, dass es so nicht weitergehen kann. Der Verfassungskonvent, der in Philadelphia tagt, hat die Aufgabe, aus den heterogenen Vorstellungen der Repräsentanten der Einzelstaaten eine moderne Verfassung zu schmieden. Nach monatelangem Ringen liegt schließlich ein Entwurf vor, den die Staaten unterzeichnen müssen.

Nirgendwo ist der Widerstand gegen die neue Verfassung so heftig wie in New York. Die Anhänger von Gouverneur George Clinton, der souveräne Einzelstaaten favorisiert, und die Befürworter einer stärkeren Zentralregierung führen in pseudonymisierten Zeitungsartikeln heftige Schmierkampagnen gegeneinander. In diesem Tumult finden zwei unwahrscheinliche Verbündete zueinander, um ihre Mitbürger für den Verfassungsentwurf zu erwärmen: James Madison, später vierter Präsident der USA und vehementer Verfechter eines schlanken Staates, und Alexander Hamilton, der bald als erster Finanzminister des jungen Landes nicht nur dessen erste Zentralbank gründen, sondern auch hohe Zölle und eine aktive Industriepolitik einführen soll. Gemeinsam mit dem erfahrenen Diplomaten John Jay legen sie in 85 Artikeln, die unter dem Pseudonym *Publius* in diversen New Yorker Zeitungen erscheinen, die Vorzüge einer Union dar und erklären die Funktionsweise der Verfassung.

Heute sind diese Schriften besser bekannt unter dem Titel *The Federalist Papers* oder schlicht *The Federalist*. Anders als oftmals behauptet wird, hatten sie keinen signifikanten Einfluss auf die letztendliche Einigung der 13 Staaten unter der Verfassung von 1787. Nachdem in der ersten Jahreshälfte 1788 fast alle die Verfassung ratifiziert hatten, sah sich auch das zögerliche New York unter Zugzwang. Die Bedeutung der Federalists für die Politische Theorie, insbesondere die Demokratietheorie, hingegen kann man gar nicht überschätzen. So stellten sie eine der Hauptquellen für den großen Liberalen Alexis de Tocqueville dar, der in *De la Démocratie en Amérique* die Impressionen seiner Amerikareise Anfang der 1830er-Jahre verarbeitet und eindrucksvoll vor den Gefahren einer uneingeschränkten Mehrheitsherrschaft warnt. Und bis heute greifen Politiker und Richterinnen in den USA häufig auf die Federalists zurück, um die Verfassung zu interpretieren.

Jede Demokratie, so sind die Federalists überzeugt, läuft Gefahr, eines Tages in die Tyrannei der Mehrheit umzuschlagen. Die Kernidee in ihrem Verfassungsdenken lässt sich kaum besser auf den Punkt bringen als in den Worten von James Madison im berühmten *Federalist* Nr. 51: „Wenn die Menschen Engel wären, wäre keine Regierung notwendig. Wenn die Engel die Menschen regierten, wären weder äußere noch innere Kontrollen der Regierung notwendig. Bei der Planung einer Regierung liegt die große Schwierigkeit hierin: Zuerst muss man die Regierung dazu in die Lage versetzen, die Regierten zu kontrollieren; dann muss man sie dazu zwingen, sich selbst zu kontrollieren."

Besorgt blicken die Federalists auf die Tendenz zur Bildung sogenannter „Parteiungen" (engl. *factions*). Da Menschen unterschiedliche Fähigkeiten besitzen und daher auch unterschiedliche, sich gegenseitig ausschließende Interessen verfolgen, ist die Neigung sich zu Interessengruppen

zusammenzuschließen ganz natürlich. Doch sie birgt auch die Gefahr der Tyrannei in sich, falls eine Gruppe sich gegenüber den anderen in der Mehrheit befinden sollte – eine Gefahr, vor welcher Denker von Platon und Aristoteles, über den Vater der Gewaltenteilung Montesquieu bis hin zu Tocqueville und vielen weiteren gewarnt haben.

Den einzigen Schutz vor dieser Gefahr erkennen die Federalists in einer strikten Gewaltenteilung. Doch sie wissen auch darum, dass die Verfassung letztlich nur ein Stück Papier ist. Darum reicht es nicht die Gewaltenteilung formell in ihr festzuhalten. Eine funktionierende Gewaltenteilung kann es erst dann geben, wenn die Regierungszweige die Macht haben, sich im Notfall gegenseitig zu blockieren, wenn „Ehrgeiz dem Ehrgeiz entgegenwirkt“: so hat die Legislative ihre Pranke auf den Staatsfinanzen, während das Vetorecht des Präsidenten ihren eigenen Ambitionen den Garaus machen kann. Der Aufbau der Regierung spielt dabei ganz bewusst Machtgier, Hochmut und Starrsinn der Menschen gegeneinander aus, um die Freiheit des Einzelnen zu schützen. In einer repräsentativen Demokratie, so sind die Federalists überzeugt, kann nur eine Vielzahl an Partikularinteressen der Unterdrückung der Minderheit durch eine Mehrheit mit homogenen Zielen vorbeugen.

Die Ideen der Federalists stehen in krassem Gegensatz zu einer anderen Interpretation der Demokratie, die man manchmal als die „identitäre Demokratie“ bezeichnet und deren Meisterdenker Jean-Jacques Rousseau ist. Rousseau ignoriert die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit vollkommen, was diese Bedrohung umso größer macht, wenn man die Demokratie durch seine Linse versteht. Ihm schwebt eine zutiefst kollektivistische, im Grunde schon totalitäre Vision einer Gesellschaft vor, deren Teilnehmer durch einen Gesellschaftsvertrag zu einer homogenen Masse verschmelzen und in welcher der *volonté générale*, der allgemeine Wille aller, alle politischen Entscheidungen trifft.

Selbstverständlich spiegelt diese Vorstellung, in der es weder Gewaltenteilung noch individuelle Lebenspläne gibt, nicht das wieder, was die meisten Menschen vor Augen haben, wenn sie an Demokratie denken. Doch die Idee von der Demokratie als Selbstzweck, als Regierungsform, die vor allem deshalb wertzuschätzen ist, weil in ihr der Wille der Mehrheit umgesetzt wird, spricht viele intuitiv an. Und diese Sichtweise birgt auch große Gefahren: sie kann zu einer „Wir-gegen-die“-Mentalität führen, in welcher Abweichlern von der Mehrheitsmeinung böse Motive unterstellt werden. Sie bedroht Individualismus und Pluralismus, stellt in Frage, dass unterschiedliche Lebenspläne nebeneinander existieren können. Sie verschleiert, wie Tocqueville ausführlich darlegt, machtgierige Übergriffe des Souveräns, da dieser anders als beispielsweise ein Monarch, direkt vom Wahlvolk legitimiert ist und von diesem daher weitaus weniger kritisch beäugt wird.

> ***Jede Demokratie, so sind die Federalists überzeugt, läuft Gefahr, eines Tages in die Tyrannei der Mehrheit umzuschlagen.***

Doch diese intuitiv ansprechende Idee ist nicht nur gefährlich. Sie steht in einem starken Kontrast zum Denken einiger der prägendsten Demokratiepraktiker. In Philadelphia 1787 nahm das erste großangelegte republikanische Experiment der Neuzeit seinen Anfang. Und wenn wir lesen, in welchem Licht die Federalists die Verfassung sahen, müssen wir feststellen, dass diese großen Männer, diese Pioniere der repräsentativen Demokratie, letztere eben nicht als Zweck, sondern in erster Linie als Mittel begriffen. Als Bollwerk gegen die Tyrannei, als Gegengift zum Freiheitsentzug, als Garant für Pluralismus und die friedliche Koexistenz verschiedenster Weltbilder und Interessengruppen.

Diese nüchterne Sicht auf die Demokratie mit ihren Kompromissen, ihren zweitbesten Lösungen und ihrer Priorisierung der individuellen Freiheit gegenüber dem Willen der Mehrheit in vielen Fällen ist alles andere als romantisch. Und dennoch ist es die Sicht vieler Vordenker dieses in der westlichen Welt vorherrschenden Regierungssystems, auch die der Federalists. Und es ist unabdingbar, diese intellektuellen Wurzeln unseres politischen Systems wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen, wenn es ein Garant der Freiheit bleiben soll.

Research Fellows

PROMETHEUS
DAS FREIHEITSINSTITUT

Bewirb Dich für Dein wissenschaftliches Projekt um ein Stipendium, individuelle Förderung und die Möglichkeit zur Publikation:

*Hausarbeit,Bachelorarbeit, Masterarbeit, Ph.D. Journal; Paper...

“Werde ein Sklave und sei frei” – Interview mit Deirdre McCloskey

Die Denkerin Deirdre McCloskey im Interview mit dem Freydenker über die Bedeutung von Freiheit, das große Wohlstandswachstum seit dem frühen 19. Jahrhundert und die Gründe dafür.

Deirdre Nansen McCloskey ist eine US-amerikanische Denkerin und Professorin an der University of Illinois at Chicago. Kürzlich wurde sie in die American Academy of Arts and Sciences gewählt.

Ihr neuestes Buch heißt Leave Me Alone and I'll Make You Rich! Darin kommt die Idee zum Ausdruck, dass Freiheit nicht nur für uns selbst, sondern auch für andere großartig ist. Was ist Freiheit für Sie?

Merkwürdigerweise ist der Schlüssel zum Verständnis die Unterscheidung zwischen dem französischen/englischen *liberté/liberty* und dem deutschen/englischen *Freiheit/freedom.* (Wie Sie vielleicht wissen, dass das Englische wegen der normannischen Eroberung im Jahr 1066 immer zwei Wörter hat). In den germanischen Sprachen ist das Wort im Zeitalter des Etatismus hoffnungslos mit der "Fähigkeit, Dinge zu tun" verwechselt worden – wie in Amartya Sens etatistischem Buch *Development as Freedom.* Das Problem ist, dass wir bereits Wörter für die Fähigkeit, Dinge zu tun, haben – wie Können, Vermögen, Macht, Einkommen. Wir brauchen ein rein politisches Wort für "nicht physisch gezwungen sein, als ob man ein Sklave von einem Herrn, Ehemann, Staat sei". So können wir wissenschaftlich prüfen, ob Freiheit zu Wohlstand führt (denn das tut sie). Andernfalls haben wir nur beides miteinander vermischt und werden nie wissen, ob Freiheit eine gute Idee ist oder nicht – aus einer konsequentialistischen Perspektive.

Auf Lateinisch heißt es natürlich *libertas*, was nur "kein Sklave" bedeutet. (Schlagen Sie es nach.) Wenn man das Politische mit dem Ökonomischen vermischt, wie es bei der Verwendung von "Freiheit" in den letzten anderthalb Jahrhunderten der Fall war, fängt man zum Beispiel an zu denken, dass wir den Menschen Freiheit geben können, indem wir sie dazu zwingen, das zu tun, was wir weisen Ökonomen und Philosophen wollen – wie beim "Nudging". Werde ein Sklave und sei frei.

Was ist der Kern des Liberalismus? In welchem Verhältnis stehen die (modernen) Liberalen zu Konservativen und Etatisten?

Konservative *sind* Etatisten, genau wie ihre Feinde am anderen Ende des Spektrums: die Sozialisten und die Grünen. Dieses Spektrum ist lediglich im Streit darüber, wohin die versklavenden Kräfte eines modernen Staates gelenkt werden sollten. Die Konservativen wollen die Menschen mit Armee und Kirche unterjochen, und den Staat auch in Ihr Schlafzimmer bringen. Die Sozialisten wollen die Menschen mit Regulierern und Planern versklaven, und die Grünen wollen auch bestimmen, was man kaufen kann und was nicht. Wir Liberalen befinden uns überhaupt nicht in diesem Spektrum, sondern schweben fröhlich darüber. Wir lehnen die Prämisse eines mächtigen Staates ab. Wir lehnen sowohl die Vorstellungen von links als auch von rechts ab, dass die Menschen diese oder jene Art von Sklaven sein sollten, oder irgendeine Art von Kind – das ungezogene Kind der Konservativen und der Grünen oder das pathetische Kind der Sozialisten. Liberalismus könnte man also als "adultism" bezeichnen. Das bedeutet nicht, Menschen verhungern zu lassen. Ich bin eine christliche Liberale und bekenne mich zu einer Verantwortung gegenüber den Armen. Das bedeutet, den Armen

wie uns anderen zu erlauben, zu arbeiten und die Würde eines Erwachsenen zu erreichen, auf eigenen Füßen zu stehen. Die Gesetze in Deutschland, die es Flüchtlingen faktisch verbieten, zu Löhnen zu arbeiten, die die Arbeitgeber zu zahlen bereit sind, sollten beispielsweise abgeschafft werden. Sie behandeln die Menschen wie ungezogene, armselige oder bedrohliche Kinder. Hören Sie auf!

Was ist "The Great Fact", den Sie in Ihren Büchern und Artikeln immer wieder erwähnen?

Ich nenne es seit einem halben Dutzend Jahren nicht mehr so, sondern "Great Enrichment": der Anstieg des deutschen Realeinkommens pro Person von 1800 bis heute um etwa 3.000 Prozent gegenüber den entsetzlichen 4 oder 5 Euro pro Tag, von denen Ihre Ahnen lebten. Gelobt sei der Herr, und gelobt sei der "innovism", was ein viel besseres Wort für unser System ist als das elendig irreführende Wort "Kapitalismus".

Stellen Sie sich vor, Sie leben in München oder Hannover von 4 oder 5 Euro pro Tag. Das ist nicht schön, aber es war das Schicksal der Menschen von der Urzeit bis 1800. Der Anteil der Menschen, die in einem solchen Elend leben, ist vor allem in den letzten fünfzig Jahren stark zurückgegangen. Im Jahr 1970 waren etwa 4 Milliarden der 5 Milliarden Menschen auf der Erde so arm. Heute ist es 1 Milliarde von über 7 Milliarden, Tendenz fallend.

Die konventionellen Begriffe "industrielle Revolution" oder "Industrialisierung" oder das triste "moderne Wirtschaftswachstum" können als wissenschaftliche Bezeichnungen das Geschehen nicht einfangen. Insbesondere die Verwendung des Begriffs "Industrie" lässt die Menschen und sogar einige Ökonomen glauben, dass Stahl und Kohle die eigentliche "Enrichment" darstellen. Das ist albern. Die Erfindung nützlicher Anwendungen, die Entdeckung von Impfstoffen gegen Husten und die Erziehung kleiner Kinder sind ebenfalls "Enrichment", und wir haben immer mehr davon.

In mehreren Ihrer Schriften haben Sie Ihre Ablehnung gegenüber Daron Acemoglu (*Why Nations Fail*) zum Ausdruck gebracht, der Institutionen als Rückgrat erfolgreicher Gesellschaften und The Great Fact hervorhebt. Sie argumentieren, dass es in Wirklichkeit auf Ideen und Kultur ankommt. Könnten Sie die Unterschiede zwischen diesen beiden Sichtweisen näher erläutern? Warum glauben Sie, dass Ihre Theorie richtig ist und nicht die andere?

Acemoglu ist ein kluger und gelehrter Mann (auch wenn er nicht in der Lage ist, Kritikern zu antworten, was bei einem Wissenschaftler ein No-Go ist). Aber er verwechselt notwendige mit hinreichenden Bedingungen und intermediären mit ultimativen Ursachen. Man kann es ihm kaum vorwerfen, denn solche Verwechslungen sind in der Wirtschaft chronisch. Ja, Recht und Ordnung sind gut für den wirtschaftlichen Erfolg, also sind sie "notwendig", oder zumindest hilfreich. (Dennoch war meine Heimatstadt Chicago im späten 19. Jahrhundert korrupt und gesetzlos, aber die am schnellsten wachsende Stadt der Welt.) Aber Recht und Ordnung sind sehr alt und weit verbreitet, wie z. B. im alten Israel in der sogenannten "Richterzeit" oder in einigen chinesischen Dynastien, wie z. B. in der Song-Zeit. Wären Recht und Ordnung ausreichend, hätte die "Great Enrichment" im alten Rom oder in den Städten der Maya stattgefunden. Neu im 18. Jahrhundert war die Theorie des Liberalismus mit ihrer beispiellosen Aushöhlung der bäuerlichen Hierarchien von Herren über Sklaven. Neo-Institutionalisten sagen: "Alles, was wir brauchen, sind Gesetz und Ordnung." Nein, die korrekte wissenschaftliche Erklärung ist der Liberalismus, der eine hinreichende Ursache war — sofern man absieht von anderen notwendigen Bedingungen, wie die Existenz des Universums. Liberalismus bedeutete, wie die Briten sagen, "letting people have a go". Er begann als Ideal, langsam, zuerst in Holland, dann in England und Schottland, dann in den USA und im Rheinland, dann auch anderswo.

Der Liberalismus war nie perfekt – die USA waren schließlich zum Teil eine Sklavenhaltergesellschaft, und es gibt immer noch viel weißen Nationalismus. Aber selbst wenn er nicht perfekt war, hatte der (Wirtschafts-)Liberalismus bzw. "innovism" immense wirtschaftliche Auswirkungen, verglichen mit den aufgezwungenen Hierarchien davor – und den aufgezwungenen Bürokratien heute. Die immense Kraft des Liberalismus lässt sich am Erfolg der chinesischen Wirtschaft nach 1978 und der indischen Wirtschaft nach 1991 ablesen. In beiden Ländern hat sich die Politik nicht geändert, das eine war eine blutige Tyrannei, das andere eine verrückte Demokratie. Aber in beiden Ländern wurde der Sozialismus der Vergangenheit aufgegeben. "Innovism" führte zu Innovation und zu gewaltiger "Enrichment", zu einem Pro-Kopf-Wachstum von 6 bis 12% pro Jahr und das jahrzehntelang.

In meinen Büchern *Bourgeois Dignity* und vor allem in *Bourgeois Equality* sowie in einer Rezension von Acemoglus und Robinsons neuestem Buch habe ich den Neo-Institutionalismus ausführlich kritisiert. (Die Rezension ist zugänglich auf meiner Website deirdremccloskey.org.) Die hier geführte Diskussion können Sie auch lesen und kaufen (vor allem kaufen) in McCloskey und Alberto Mingardi, *The Myth of the Entrepreneurial State* sowie in *Beyond Positivism, Behaviorism, and Neo-Institutionalism in Economics.*

Mit "bourgeois dignity" kommt der "innovism". Warum ist dieser Innovationsgeist entscheidend und nicht die Kapitalakkumulation als solche?

"Innovism" ist die wirtschaftliche Ideologie, die den Liberalismus begleitete, der nach etwa 1776 in Werken von Adam Smith, Mary Wollstonecraft und Friedrich von Humboldt aufkam. Der Wirtschaftsnobelpreisträger W. Arthur Lewis behauptete 1954, am Vorabend der Entdeckung des so genannten Slow Residual, dass "die zentrale Tatsache der wirtschaftlichen Entwicklung die schnelle Kapitalakkumulation ist." Ökonomen von Adam Smith über Marx bis Douglass North haben immer wieder versucht, die "Great Enrichment" in das Gewand der Akkumulation zu zwängen. Aber die Anhäufung von Kapital, Universitätsabschlüssen oder verbesserten Gesetzen führt sehr schnell zu abnehmenden Erträgen, es sei denn, es handelt sich um radikale Innovationen wie Elektrizität oder das allgemeine Wahlrecht. Was bei der Idee der "schnellen Kapitalakkumulation" fehlt, ist die menschliche Kreativität, die neue Wege ermöglicht. Der "österreichische" Wirtschaftswissenschaftler Israel Kirzner (ein in Großbritannien geborener amerikanischer Rabbiner) hat es gut ausgedrückt: Was die "Great Enrichment" ausmacht, so seine Beobachtung, sind nicht Investitionen mit Opportunitätskosten oder die Anhäufung von Straßen, sondern "der Anreiz besteht darin, zu versuchen, etwas kostenlos zu bekommen, wenn man nur sehen kann, was man tun kann".

Wenn wir in der Geschichte zurückblicken, sehen wir, dass die "bourgeois dignity" in Großbritannien und in den Niederlanden irgendwann nach dem Ende des Mittelalters aufkam. Was war die Ursache dafür?

Für die vollständige Antwort lesen Sie *Bourgeois Dignity*. Kurz gesagt, eine Reihe von Unfällen in Nordwesteuropa ab 1517 erwies sich insgesamt als günstig für den Liberalismus, während zum Beispiel China und das Osmanische Reich immer tiefer in den Illiberalismus abglitten. Das symbolische Datum ist Luther im Jahr 1517, und vor allem seine späteren Gegner der "radikalen Reformation". Es folgten die niederländische Revolte gegen Spanien, der englische Bürgerkrieg 1642-51, die Glorious Revolution 1688-1689 (deren wirtschaftliche Auswirkungen von North und Weingast in einem berühmten Artikel allerdings stark übertrieben wurden), die Amerikanische Revolution und die Französische Revolution. In allen steckte das Potential, den Liberalismus zu untergraben, und sie alle haben dies in gewissem Maße getan. Luther wurde durch den Bauernaufstand konservativ. Oliver Cromwell, der Sieger im Bürgerkrieg, setzte sich selbst als Diktator ein. Die amerikanische Revolution war vor allem ein Bürgerkrieg zwischen zwei Gruppen von Reichen. Und so weiter. Aber wir hatten Glück, und wir bekamen den Liberalismus und die moderne Welt.

Der Ursprung der "bourgeois dignity" war weder eine uralte Tugend des weißen Volkes noch eine Eigenheit der europäischen Geschichte. Er war in gewissem Sinne oberflächlich, eine Sache von bloßen Worten, Rhetorik, wie die Erklärung eines Sklavenhalters im Jahr 1776, dass "alle Menschen gleich sind". Aber die Worte waren von großer Bedeutung. Einmal ausgesprochen, konnten sie nicht mehr zurückgenommen werden und machten die Menschen mutig. Was sich also im späten 18. Jahrhundert vollends als Idee herauskristallisierte, wurde nach und nach als Politik umgesetzt, sogar in den meisten Fällen im protektionistischen Deutschen Reich und in den USA. Ein europäischer Reisender im Westen der USA im späten 19. Jahrhundert fragte einen Mann, wer sein Herr sei. Der Mann antwortete: "He ain't been born yet."

Was ist Ihr Rezept, um die "bourgeois dignity" überall zu fördern, insbesondere dort, wo immer noch große Armut herrscht? Kann man Kultur und Ideen beeinflussen?

"Bourgois dignity" bedeutet lediglich, dass man die klassischen Tugenden, die in einer Handelsgesellschaft zum Vorschein kommen, bewundern und nicht ablehnen sollte, wie zum Beispiel "love in an office", "temperance in a board meeting", oder "hope in entrepreneurship". Ich habe das in The Bourgeois Virtues und in Bourgeois Equality dargestellt. Das ist alles übrigens leicht messbar. Der naive Einwand gegen "Humanomics", also die Ökonomik mit dem Menschen, lautet: "Man kann es nicht messen." Das ist Unsinn. Siehe *Bettering Humanomics: A New, and Old, Approach to Economic Science.*

Es gibt eine große Chance, Kultur und Ideen zu beeinflussen. (Übrigens gefällt mir nicht, wie Ökonomen den Begriff

"Kultur" verwenden, in ihrer stolzen Ignoranz gegenüber dem, was Fachleute wie Anthropologen darunter verstehen. Die Ökonomen winken der "Kultur" aus der Ferne zu, um sie besser ignorieren zu können oder sie bestenfalls in eine Blackbox zu stecken, die sie nicht besonders mögen und ignorieren wollen. Die erklärte Prämisse von Neo-Institutionalisten wie Oliver Williamson ist, dass sich Ethik, Ideologie, Ideen, Traditionen, Rhetorik nur langsam verändern und daher als fester Hintergrund für die Zwecke der wirtschaftlichen Analyse behandelt werden können. Das ist falsch. Ideologie kann sich im Laufe einer halbstündigen politischen Rede ändern. Eines der wichtigsten Beispiele, in denen sich die Ideologie stark vom Liberalismus entfernt und dann wieder zu ihm zurückkehrte, ist natürlich das Deutschland von 1933 und das Deutschland von 1949.)

Aber das meiste unseres politischen Denkens findet in der Popkultur, in Film und Werbung, Rockmusik und Journalismus statt, und genau dort können die großen Veränderungen geschehen. Students for Liberty macht genau das. In Brasilien beispielsweise gibt es viele lokale Organisationen, was ein gutes Zeichen für die liberale Zukunft Brasiliens ist.

Viele Menschen haben ein verzerrtes Bild von den vergangenen 250 Jahren und übersehen "The Great Enrichment". Wie lässt sich diese merkwürdige Dissonanz zwischen Fakten und Gefühlen erklären?

Ganz einfach: stolze Ignoranz. Wir sind alle unwissend. Ich zum Beispiel schäme mich zutiefst, dass ich die Sprache von Goethe und Mann nicht spreche. Ich habe *Die Leiden des jungen Werthers* und *Buddenbrooks* gelesen, aber auf Englisch. Eine Schande. Das Problem ist, dass die Leute stolz auf ihre Unwissenheit sind. "Ich kann ein bisschen [trivial einfache] Mathematik", erklärt der stolze junge Wirtschaftswissenschaftler, "also brauche ich die Geschichte von nichts zu lernen, nicht einmal von der Ökonomik."

Eine weniger arrogante Version ist in dem amerikanischen Sprichwort zusammengefasst: "It ain't what you don't know that hurts you. It's what you know that ain't so." Gebildete Menschen meinen eine Menge über die Vergangenheit zu wissen, was aber nicht stimmt. Sie glauben, dass die mittelalterlichen Bauern unklug waren, dass der "Kapitalismus" einfach so entstand, dass der "Besitzindividualismus" neu ist, dass das Christentum den Liberalismus verursacht hat, dass die Weißen überlegen sind und so weiter und so fort. Die große Parodie auf die englische Geschichte *1066 and all That* hat diese Ignoranz in ihrer Zusammenfassung der Ursachen der industriellen Revolution richtig wiedergegeben: Was geschah, war "die (von allen reichen Männern in England gleichzeitig erzielte) Entdeckung, dass Frauen und Kinder fünfundzwanzig Stunden am Tag in Fabriken arbeiten konnten, ohne dass viele von ihnen starben oder übermäßig verunstaltet wurden. Dies wurde als "Industrial Revelation" bekannt und veränderte das Gesicht Nordenglands völlig."

Journalisten und Historiker arbeiten hart daran, die Dinge richtig darzustellen. Die meisten von ihnen sind ehrliche Arbeiter. Aber sie neigen dazu, das zu akzeptieren, was alle sagen. Meistens aber liegen alle falsch.

Welche Rolle, wenn überhaupt, kann (und sollte) der Staat bei der Verwirklichung von "The Great Enrichment" in den Ländern spielen, in denen er seine Macht noch nicht ausgeübt hat?

Ich gebe dieselbe Antwort, wie sie die Pariser Geschäftsleute gegeben haben, als sie 1681 von dem etatistischen französischen Finanzminister Jean-Baptiste Colber gefragt wurden, was der Staat tun könne, um ihnen zu Wohlstand zu verhelfen. Sie antworteten: "Laissez-nous faire!". Die derzeitige Begeisterung für die "Industriepolitik" ist ein typisches Beispiel dafür. Halten Sie es für plausibel, dass ein Bürokrat in Berlin oder ein Akademiker in Siegen oder ein Journalist in Frankfurt besser weiß, welches Bürogebäude im Osten Darmstadts zu errichten oder welches neue Lebensmittelprodukt in deutschen Lebensmittelgeschäften zu vermarkten oder welches Darlehen an ein lokales Hotel in Leipzig zu gewähren ist als die Menschen vor Ort, die ihr eigenes Geld aufs Spiel setzen? Wenn Sie das tun, sind Sie ein Etatist. Glückwunsch: Die meisten Menschen heute und vor dem Aufkommen des Liberalismus im 18. Jahrhundert stimmen Ihnen zu. Sie stimmen dem großen, aber irregeleiteten Ökonomen John Maynard Keynes [reimt sich auf brains] zu, der 1936 erklärte, dass ein Ökonom "in der Lage ist, die marginale Effizienz von Kapitalgütern auf lange Sicht und auf der Grundlage des allgemeinen sozialen Nutzens zu berechnen". Das ist verrückt.

Das schriftliche Interview wurde von Vincent Czyrnik und Max Molden auf Englisch geführt und ins Deutsche übersetzt.

DERFREYDENKER

IN DUBIO PRO LIBERTATE

Wir suchen Dich!

Wir sind auf der Suche nach neuen Redakteuren und Autoren!

Noch kein Experte? Wir unterstützen Dich von der Idee bis zum fertigen Artikel!

Hast Du Lust, Deine Ideen und Perspektiven in Artikeln zu präsentieren?

Möchtest Du in einer Redaktion mitarbeiten?

Schreib uns einfach eine Mail: redaktion@derfreydenker.de

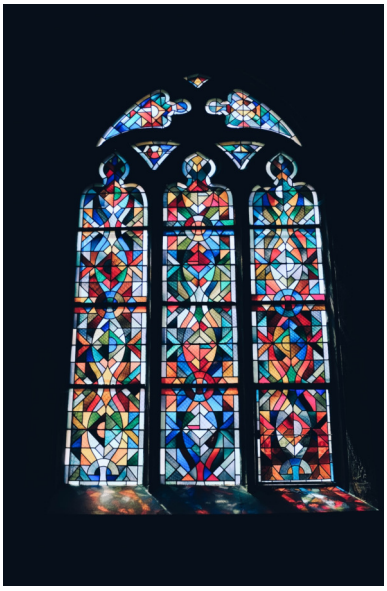
Liberale Bücherecke

von Max Molden

Joseph Henrich

The WEIRDest People in the World: How the West Became Psychologically Peculiar and Particularly Prosperous

Der Mensch ist individuell, er ist einzigartig. Sein Hauptwerkzeug ist analytisches Denken, mit dem er Kontrolle anstrebt. Wer ein Mensch ist, hängt ab von seinem Selbst, seinen Überzeugungen, seinen Erfolgen, seinen Zielen. Diese Perspektive auf den Menschen ist fundamental jene der westlichen Welt. Aber weder versteht jeder Mensch jetzt sich so noch hat sich die Menschheit über die längste Zeit ihrer Existenz so verstanden.



Joseph Henrich zeigt in seinem Buch, dass gerade dieser individualistische Mensch besonders ist. Er ist es, der erklärt werden muss – er ist die Anomalie der Geschichte. Die WEIRDen Menschen, also jene, die Western, Educated, Industrialized, Rich und Democratic sind, sind psychologisch besonders. Nicht jene, die anders sind als wir, die wir in der westlichen Welt des 21. Jahrhunderts aufgewachsen sind. Und während Henrich den Leser auf eine Reise mitnimmt, die der Kirche eine zentrale Rolle im Hervorbringen der WEIRD people zuschreibt, erklärt er gerade damit auch die besonderen Errungenschaften der westlichen Zivilisation: Arbeitsteilung, Märkte, Wettbewerb – und damit bahnbrechender Wohlstand und Fortschritt. Eine Erklärung, die sich hervorragend mit der Bedeutung der „bourgeois dignity" von Deirdre McCloskey ergänzt, die wir für dieses Magazin interviewt haben.

Randall G. Holcombe

Political Capitalism: How Economic and Political Power Is Made and Maintained

Unser Kapitalismus ist streitbar. Ist das überhaupt noch Kapitalismus? Oder ist es nicht vielmehr ein interventionistisches System, in dem der Staat stets eingreifen will, um dieses und jenes Ziel zu erreichen?

Randall Holcombe nimmt eine andere Perspektive auf die derzeitigen Ökonomien ein. Mit Fokus auf die USA argumentiert er, dass der Kapitalismus seit dem Progressivismus des späten 19. Jahrhunderts sich sukzessive in ein neues, viertes System neben Kapitalismus, Sozialismus und Interventionismus gewandelt hat. Es ist ein System, in dem Profitmaximierung nach wie vor das hauptsächliche Ziel ist. Aber eines, in dem die Profitabilität eines Unternehmens kaum davon abhängt, ob es den Bedürfnissen der Konsumenten entsprechend produziert. Die Profitabilität einer Firma basiert auf politischer Macht: profitabel ist, wer über glänzende Kontakte zur Politik verfügt und sich so vorteilhafte Regulierung sichern kann, die natürlich selber bestens daran verdient. Holcombe zeichnet das Bild einer Elite, die sich eine übermächtige Stellung erkämpft hat. Für seine spannenden Überlegungen greift er nicht nur auf neueste Erkenntnisse aus der politischen Ökonomie zurück, sondern auch auf soziologische Forschung.

Totalitarismus im 20. Jahrhundert und dessen moralische Ursprünge

Stefan Kosak über den Niedergang des Liberalismus im 20. Jahrhundert und die "moralische Inversion" – ein Konzept des Denkers Michael Polanyi – als mögliche Erklärung dafür.

Stefan Kosak schreibt zurzeit seine Doktorarbeit an der Hochschule für Philosophie in München. Seine Interessenschwerpunkte sind die Moralphilosophie sowie Grenzfragen zwischen Ökonomie und politischer Philosophie.

Das 20. Jahrhundert war von den Gräueltaten des Nationalsozialismus und der Gewaltherrschaft des Sowjetkommunismus geprägt. Auch im Rückblick erfüllt uns das unermessliche Leid, das diese totalitären Regime über die Welt gebracht haben, mit Schrecken. Zu den Ursachen dieser zerstörerischen Entwicklungen gibt es bereits unzählige Analysen. Anstoß für die beständige Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist dabei der unbedingte Wille, dass es zu solchen Geschehnissen nie wieder kommen darf. Aus diesem Grund bleibt die Frage nach den Ursachen für den Aufstieg der totalitären Herrschaftssysteme weiterhin aktuell.

In den Analysen zum Aufstieg der totalitären Regime stehen meist die politischen und ökonomischen Verhältnisse der damaligen Zeit im Vordergrund, die diese Entwicklung begünstigt haben. Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick auf die Überlegungen, die Michael Polanyi (1891-1976) zu dieser Thematik angestellt hat. Polanyi war ein renommierter Naturwissenschaftler, der den Aufstieg der totalitären Regime in seiner Zeit am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin und bei Aufenthalten in der Sowjetunion unmittelbar miterlebt hat. Diese bewegenden Erfahrungen veranlassten Polanyi dazu, seine weitere wissenschaftliche Tätigkeit der Suche nach den tieferliegenden Ursachen für die politischen Erschütterungen des 20. Jahrhunderts zu widmen.

Diese Auseinandersetzung führte Polanyi zu einer Erkenntnis, die sich von den etablierten Erklärungsansätzen unterscheidet: Nach Polanyi ist die Gewaltherrschaft der totalitären Regime das Resultat eines verhängnisvollen *moralischen* Zustands, in dem sich die meisten Gesellschaften seiner Zeit befunden haben. Um das zu verstehen, müssen wir mit Polanyi die Entwicklung dieses moralischen Zustands nachvollziehen. Polanyi identifiziert zwei Triebfedern dieser Entwicklung: einen hohen moralischer Anspruch auf der einen Seite und grundlegende Zweifel gegenüber den etablierten moralischen Idealen auf der anderen Seite. Ausgangspunkt für die verbreiteten Skepsis gegenüber der bestehenden Moral ist wiederum die Propagierung eines mechanistischen Weltbildes zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch Pierre-Simon Laplace. Demnach sind alle weltlichen Vorgänge das Produkt eines Zusammenspiels von materiellen Dingen. Das gilt auch für unser menschliches Handeln: Welche Motive und Gründe wir auch immer für unser Handeln ersinnen – tatsächlich sind unsere Handlungen das Resultat von materiellen Vorgängen. Sofern sich diese Auffassung verfestigt, geraten hierdurch auch die moralischen Beweggründe unseres Handelns in Zweifel: Diejenigen, die moralische Handlungsgründe vorgeben, sind sich entweder über ihre *eigentlichen* Beweggründe im Unklaren oder versuchen hierdurch bewusst über ihre selbstbezogenen Interessen wie Profit oder Macht hinwegzutäuschen. Was als moralisches Handeln erscheint, ist in Wirklichkeit keine genuine Moral. Ein Beispiel ist der marxistische Vorwurf, die Bourgeoisie habe sich eine verlogene Moral geschaffen, die nur dazu dient, ihre Macht und ihren Wohlstand zu bewahren.

Neben dieser moralischen Krise charakterisiert ein weiteres Merkmal die Gesellschaften des 20. Jahrhunderts: ein leidenschaftliches Verlangen nach moralischen Verbesserungen. Diesen moralischen Eifer führt Polanyi auf eine im Zuge der Aufklärung aufkommende Haltung zurück, die weitgreifende moralische Verbesserungen möglich erscheinen lässt. Das Streben nach moralischen Verbesserungen wird so zu einem vorherrschenden gesellschaftlichen Ziel, dem mit großem Eifer nachgegangen wird. Durch die Gesellschaften des 20. Jahrhunderts zieht sich somit eine Spannung: ein hoher moralischer Anspruch auf der einen Seite und ein ausgeprägter Skeptizismus gegenüber moralischen Idealen auf der anderen Seite. Nach Polanyi hat diese Spannung allerdings nicht zur Folge, dass der vorherrschende moralische Eifer zum Erliegen kommt. Die augenscheinlich widersprüchlichen Pole begünstigen sich vielmehr. So ist in der entlarvenden Einstellung gegenüber moralischen Auffassungen implizit der Glaube enthalten, dass sich eine gänzlich neue, unverdorbene Moral schaffen ließe, wenn man es denn nur wollte.

Wenn die bestehenden moralischen Ideale ihre Anziehungskraft verlieren, stellt sich allerdings die Frage, worauf sich der Eifer zur Errichtung einer neuen Moral richtet. Polanyi gibt diesbezüglich zu bedenken, dass in den Augen derer, die die etablierte moralische Praxis als heuchlerisch enttarnen, ein neues moralisches Ideal in den Blick gerät: Wenn die vorgebrachten moralischen Ideale lediglich über die Verfolgung von selbstbezogenen Interessen hinwegtäuschen, so erscheint gerade derjenige moralisch vorzugswürdig, der die scheinheilige moralische Praxis anderer entlarvt und seine eigenen selbstbezogenen Bestrebungen ohne Umschweife verfolgt – denn im Gegensatz zur unechten oder heuchlerischen moralischen Praxis ist die offene Verfolgung von selbstbezogenen Bestrebungen zumindest authentisch beziehungsweise aufrichtig. Die Ablehnung der bestehenden moralischen Ideale in Verbindung mit der ungenierten Verfolgung von selbstbezogenen Interessen wird dann zum neuen moralischen Ideal. Auf diese Weise kommt es zu einer grundlegenden Verkehrung der moralischen Orientierung. Angesichts dieser Konstellation spricht Polanyi von einer moralischen Umkehrung (*moral inversion*): Selbstbezogene und damit unmoralische Bestrebungen werden mit dem Anspruch der moralischen Überlegenheit verfolgt. Die rücksichtslose Verfolgung von selbstbezogenen Interessen wird zum Ausdruck der eigenen moralischen Rechtschaffenheit. Hiermit ist die eigentümliche moralische Haltung beschrieben, die den Zustand der Gesellschaften im 20. Jahrhundert bestimmt.

Diesen gesellschaftlichen Zustand sieht Polanyi nun als den entscheidenden Grund für den Aufstieg der totalitären Regime. Dieser Aufstieg vollzieht sich angesichts der Überzeugung vieler, dass der Wohlstand und sogar das Überleben der Nation nur auf Kosten anderer möglich ist, wenn die eigene Nation über wenige materielle Ressourcen verfügt. Die rücksichtslosen Bestrebungen der totalitären Regime, das materielle Wohl der eigenen Nation zu Lasten anderer zu befördern, erscheinen dann unter den Bedingungen eines fortgeschrittenen moralischen Skeptizismus als logische Fortsetzung der verbreiteten moralischen Haltung. Die Regime setzen die selbstbezogenen Bestrebungen in eine politische Agenda um und verfolgen diese mit dem Anspruch der moralischen Überlegenheit. Das bedingungslose – und damit vermeintlich moralische – Streben nach *exklusivem* materiellen Wohlstand, in Verbindung mit einem überbordenden moralischen Eifer erklärt dann die Anziehungskraft und damit das Vernichtungspotenzial der totalitären Regime.

Welche grundlegenden Einsichten können wir aus Polanyis Analyse gewinnen? Polanyis Überlegungen führen uns vor Augen, dass Ideen und Theorien eine eigenständige Triebfeder für gesellschaftliche und politische Entwicklungen darstellen. Zwar können Ideen mitunter ein wirkungsloses Dasein fristen. Dies zeigt sich etwa am Beispiel von Großbritannien; hier hielt man trotz erklärter Zweifel an den moralischen Idealen dennoch an der bewährten Praxis fest. Dennoch sollten wir problematische Auffassungen nicht leichtfertig hinnehmen, da diese jederzeit zum Antriebsgrund des Handelns werden können. Dies gilt gerade dann, wenn weitere Faktoren, wie prekäre Lebensverhältnisse, das eigene Selbstverständnis erschüttern. Weiterhin machen Polanyis Ausführungen hinsichtlich der Frage nach den Ursachen für totalitäre Regime deutlich, dass das Erodieren von traditionellen gesellschaftlichen Idealen ein entscheidender Wegbereiter für totalitäre Bestrebungen ist. Im Umkehrschluss folgt hieraus, dass das Fortbestehen einer freien Gesellschaftsordnung durch die praktische Verfolgung von gesellschaftlichen Idealen und das *aufrichtige* Bekenntnis zu diesen Idealen gesichert wird. Mehrere Jahrzehnte nach Polanyis aufschlussreicher Analyse gilt es daher zu fragen, welche Ideen in der heutigen Zeit unsere Überzeugung in geteilte gesellschaftliche Ideale unterminieren.

Nahrung für dein Hirn.
Monat für Monat.

Seit 100 Jahren
freiheitlich, anspruchsvoll, unbequem.

U30-Jahresabo für
CHF 97.50 statt 195.–
(inkl. Online-Zugriff)

Onlineabo bereits ab
CHF 12.90 pro Monat

schweizermonat.ch/abo

schweizer monat SEIT 1921

Die Autoren- und Debattenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur.

Über Statik und Dynamik: Der Ordoliberalismus als Komplement zur Österreichischen Schule

Der Ordoliberalismus ist der vielleicht bedeutendste Beitrag deutscher Ökonomen zur Wirtschaftswissenschaft. Prof. Stefan Kolev führt aus, was die zentrale Idee der Denker um Walter Eucken war und welche Bedeutung das Denken in Ordnungen noch heute hat.

Das Interesse an der politischen Ökonomie des Ordoliberalismus ist in den vergangenen 15 Jahren sprunghaft angestiegen. Bücher zur Geschichte und Aktualität dieses Forschungsprogramms werden in den renommiertesten internationalen Verlagen veröffentlicht, die verschiedenen Sozialwissenschaften diskutieren in ihren Zeitschriften den „langen Schatten" der Freiburger Schule um Walter Eucken und Franz Böhm oder ihrer Weggefährten Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack. Während die internationale Diskussion zu Beginn mit der speziellen deutschen Position in der Fiskal- und Geldpolitik während der Finanzkrise zu tun hatte, kann man sich heute des Eindrucks nicht erwehren, dass unsere Zeit und der Ordoliberalismus etwas verbindet, das sich in diesem Essay „Fragilität" nennen will.

Bevor wir zur Aktualität kommen, ein geschichtlicher Abriss der ordoliberalen politischen Ökonomie. Weil die meisten Leser dieses Magazins mit der Geschichte der Österreichischen Schule vertraut sind, wähle ich die Österreicher als Ausgangspunkt. Die Ordoliberalen hatten nicht die – in der Theoriegeschichte sowieso fast einmalig langen – 150 Jahre Entwicklung der Österreicher; stattdessen entstand das Forschungsprogramm in den 1930er und 1940er Jahren, während die nachfolgenden ordoliberalen Generationen es nicht schafften, das Programm wesentlich fortzuentwickeln. Gerade die 1930er und 1940er Jahre sind aber eine besonders aufschlussreiche Zeit, um die Ordoliberalen in Bezug zu Hayek und Mises, den meist rezipierten Österreichern, zu setzen. Die Ordoliberalen und Hayek, der eine spannende Zwischenstellung zwischen den Österreichern und den Deutschen einnimmt, fanden die Mises'sche Sozialismus-Kritik überzeugend, nicht aber seine Interventionismus-Kritik. Letztere warf für Eucken, Röpke und Hayek die zentrale Frage auf, ob es „gute", also systemnotwendige Interventionen gibt, die vor allem eine Sache verhindern sollen: den Zusammenbruch der Ordnung, der sich vor ihren Augen in Mitteleuropa ereignete.

Die Ordnungstheorie als Suche nach robusten Formen für Wirtschaft und Gesellschaft und die Ordnungspolitik als die Gestaltung solcher Formen zielen gerade darauf ab, nicht nur dem freien Spiel der Privaten gute Spielregeln zu geben, sondern auch den Zusammenbruch des Spielfeldes – wie 1917 in Russland oder 1933 in Deutschland – zu verhindern. Die Wirtschaft wird dabei als Teilordnung der Gesellschaft verstanden, die in interdependenten Bezügen zu den übrigen Teilordnungen wie dem Recht, dem Staat oder der Wissenschaft steht. Durch diese Interdependenz der Ordnungen vermag die Wirtschaft Signale auszusenden, wie es in der Großen Depression geschah, welche die gesamte Ordnung der Gesellschaft zerstören können.

Dabei vollzogen die Ordoliberalen und Hayek eine doppelte Wendung. Zum einen verabschiedeten sie sich von der Analyse der Wirtschaft mittels des Begriffes des (Un-)Gleichgewichts, der zuvor bei der Konjunktur- und Kapitaltheorie im Vordergrund gestanden hatte, als es um die – wie sich herausstellte, vergebliche – Bekämpfung der Depression ging. Statt des (Un-)Gleichgewichts

Stefan Kolev ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Westsächsischen Hochschule Zwickau und Mitbegründer der NOUS Netzwerks für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie, Freiburg. Seine Forschungs-schwerpunkte sind Geschichte des ökonomischen Denkens, Ordnungs-ökonomik und Wirtschaftssoziologie.

rückten sie den Begriff der (Un-)Ordnung in den Mittelpunkt, was mehr als nur semantische Konsequenzen hatte: Eine auf (Un-)Gleichgewicht beruhende Ökonomik, die man „isolierend" nennen kann, beschäftigt sich vor allem mit den Prozessen innerhalb der Wirtschaftsordnung. Eine auf (Un-)Ordnung beruhende Ökonomik hingegen kann man „kontextual" nennen: Sie denkt die Wirtschaftsordnung besonders in ihren Schnittstellen zu den übrigen gesellschaftlichen Teilordnungen. Die zweite Wendung war, dass die Ordoliberalen und Hayek sich gerade in den 1940er Jahren nicht mehr lediglich als Erforscher verschiedener positiver Ordnungen verstanden, sondern auch explizit als Verteidiger einer normativen Ordnung. Die gut geordnete Wirtschaft dieser Ordnung wird von Eucken, Röpke und Hayek, aber auch von der „Old Chicago"-Schule um Henry Simons und Frank Knight, als „Wettbewerbsordnung" bezeichnet.

Die politische Ökonomie des Ordoliberalismus stellt dabei eine zentrale Frage, die ich mit dem Begriff „Statik" überschreiben will. Es geht um die Suche nach den Voraussetzungen für eine funktionsfähige und menschenwürdige Wirtschaftsordnung – nach Regeln, die den Ordnungsrahmen ausmachen, welcher eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit ermöglicht. Das Programm lässt sich mit dem Motto „laissez-faire within rules" treffend zusammenfassen. Für die lange Tradition der Österreicher von Carl Menger bis Israel Kirzner und Peter Boettke ist hingegen die Dynamik der Marktprozesse, die sich innerhalb des im Vergleich dazu statischen Ordnungsrahmens abspielt, von größerer Faszination. Damit befinden sich die Ordoliberalen und die Österreicher in einer impliziten Arbeitsteilung, die gerade im Werk Hayeks auf besondere Art zusammenfließt.

Und damit wären wir bei der Aktualität der Ordoliberalen. Denn wenn man auf die letzten 15 Jahre zurückblickt, so sieht man zum einen kumulative Krisen: von der Finanz- und Euro-Krise über die Ukraine-, Flüchtlings- und Brexit-Krise bis zur Klima- und der Corona-Krise. Heutige Studierende kennen ihre soziale Realität nur in diesem Krisen-Modus. Zum anderen befähigt der hier umrissene ordoliberale Ansatz einer kontextualen Ordnungsökonomik zur Diagnose, dass wir seit der Finanzkrise in Ordnungen leben, die vor allem eines sind: zunehmend fragil. Diese Fragilität entsteht durch die krisenhaften Impulse, welche die einzelnen Teilordnungen – national und international – aneinander senden.

Die dynamischen Marktprozesse werden jüngst wegen der Kombination aus Globalisierung und Digitalisierung von zunehmend vielen Bürgern, gerade in den westlichen Demokratien, im Vergleich zu früheren Jahrzehnten als „zu dynamisch" wahrgenommen. Das birgt für die Legitimität der Ordnungen enorme Gefahren, denn eine solche Wahrnehmung von „zu dynamisch" kann leicht in „chaotisch" umkippen: Ab diesem Zeitpunkt nimmt der Bürger die Ordnung nicht mehr als solche wahr und entzieht ihr die Legitimität. Das ist das Ende einer Ordnung, deren Legitimität aus subjektivistischer Sicht mit den Wertbeziehungen vergleichbar ist, die der Werttheorie der Österreicher zugrunde liegt.

Falls diese Diagnose zutrifft, ist es naheliegend, bei der Therapie der als „zu dynamisch" wahrgenommenen Ordnungen nach Statik zu suchen. Ich nenne diese Statik „Fixpunkte" und meine damit glaubhaft kommunizierte Stützen, die in der subjektiven Wahrnehmung des Bürgers dazu führen, dass die Ordnung Ordnung bleibt und sie einen weder kognitiv noch existenziell überfordert. Beispiele für solche Fixpunkte sind auf dem Gebiet der Sozialpolitik Bildungsgutscheine, die der Angst entgegenwirken, durch die Digitalisierung das eigene Humankapital plötzlich entwertet zu sehen. Auf dem Gebiet der Digitalisierung wiederum, bei der auch nicht gewährleistet ist, dass wir sie als menschenwürdige Teilordnung unseres Lebens sehen, wären zum Beispiel das Recht auf digitales Vergessenwerden und auf Datenportabilität zwei Fixpunkte, die ein Mindestmaß an Autonomie durch Wettbewerb als Entmachtungsinstrument der Tech-Konzerne gewährleisten.

Die Ordoliberalen haben vielleicht klarer als andere Liberale, auch als bestimmte Vertreter der Österreichischen Schule, die Gefahr gesehen, dass die liberale Gesellschaft der Moderne durch ihre dynamischen Prozesse – trotz allen damit verbundenen freiheitlich-emanzipatorischen und materiellen Fortschritten – auch viele Ängste, Unbehagen und Unsicherheit mit sich bringt. Diese Gesellschaft hat die Fixpunkte selbst zu gewährleisten und damit jedem Bürger helfen, mit der Dynamik klarzukommen, statt bei Härtefällen auf vormoderne Gemeinschaften wie die Familie oder die lokale Gemeinde zu appellieren. Die Freiheit wird im Verständnis der Ordoliberalen nur von Bestand sein, wenn es Bürger und Wissenschaftler – in einem arbeits- und wissensteiligen Prozess – schaffen, sich Ordnungsrahmen zu geben, die dahingehend menschenwürdig sind, als sie Lernen und Adaptation an den Wandel ohne Überforderung ermöglichen. Ob die heutigen Ökonomen in ihrem Selbstverständnis diese Rolle des Bürgerberaters einnehmen wollen und können, wird für das Fortbestehen unserer fragilen Welt nicht unerheblich sein.

Warum Liberalismus konsequent sein muss

Es ist nicht einfach zu definieren, was der Liberalismus ist. Sicherlich haben wir es hier mit einer politischen Philosophie zu tun… Aber wie weit geht sie? Hat der Liberalismus Antworten auf grundlegende ethische Fragen? Wenn nicht, kann der Liberalismus mit einer ethischen Theorie verbunden werden?

Das liberale Problem

In zwei Artikeln veröffentlicht bei der FEE ("Visible and Invisible Hands" und "Rights, Law, and Morality") schreibt Douglas Rasmussen über das liberale Problem… Der Liberalismus ist eine politische Philosophie. Er bestimmt abstrakte Regeln, die sowohl die Beziehung des Staates zum Individuum bestimmen als auch die generellen Verhaltensregeln der Menschen untereinander. Der Liberalismus bestimmt, was mit Eigentum gemeint ist und was der Eigentümer mit seiner Sache machen kann. Er bestimmt äußere Grenzen des Verhaltens, Normen, die nahezu universell sind – sie regulieren das menschliche Verhalten in ähnlicher Weise in allen bekannten Kulturen. Dass man bestimmte Rechte hat, wie Eigentumsrechte, aber auch ein Recht dazu, sein Leben zu leben, wie man möchte, sowie die Gleichheit vor dem Gesetz. Dies sind zwar keine liberale Erfindungen im engeren Sinne – es sind eher Verhaltensregeln und Regelmäßigkeiten, die sich, wie Hayek beschrieben hat, langfristig evolutorisch herausgebildet haben, sie sind aber die Eckpfeiler der liberalen Philosophie.

Doch diese Regeln zeigen uns recht wenig über die moralische Seite des Verhaltens, zumindest nicht im breiteren Verständnis der Moral. Hier soll nicht rechtspositivistisch die Legalität von der Moralität getrennt werden – dies wäre empirisch falsch und naiv. Die allgemeinen Verhaltensregeln des Liberalismus haben durchaus eine moralische Komponente, die untrennbar mit ihnen verbunden ist. Sie zeigen der Einzelnen bestimmte Möglichkeiten zu handeln und ermöglichen durch unsere Gabe der Beobachtung eine Angleichung unseres Verhaltens an die jeweilige Gesellschaft in der wir uns befinden, so Hayek. Durch ihre Sanktionen liefern die Verhaltensregeln Anreize, die dazu führen, dass eine übersichtliche und zu einem gewissen Grad vorhersehbare soziale Ordnung entsteht.

Liberalismus und… Fußball?

Rassmussen vergleicht das Ganze mit einem Fußballspiel. Dabei sind diese Verhaltensregeln die allgemeinen Spielregeln: Sie zeigen uns, wann ein Tor fällt. Sie zeigen uns, wann ein Foul oder eine Abseitsposition vorliegt. Durch sie wissen wir, ob ein Spieler oder eine Mannschaft mit fairen Mitteln spielt, oder nicht.

Anders als Hayek ist Rassmussen allerdings ein Naturrechtler: Er glaubt an bestimmte unveräußerlichen Rechte, die sich aus der menschlichen Natur ergeben.

Sie zeigen uns aber nicht, wie das Spiel gut gespielt werden kann. Es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen dem Antifußball von Atletico Madrid und dem dynamischen, schnellen Überfallfußball des Liverpool FC von Jürgen Klopp.

Anders gesagt: Zwar spielt die Kreisligamannschaft nach den gleichen Regeln wie der RB Leipzig, die Profis spielen aber auf einem ganz anderen Niveau.

Ähnlich verhält es sich mit den Verhaltensregeln: Die allgemeinen Regeln ermöglichen eine breite Auswahl von Handlungen; sie zeigen die Grenzen des menschlichen Verhaltens, die nicht überschritten werden dürfen. Sie zeigen aber nicht, welches Verhalten tatsächlich moralisch richtig ist – nein, sie erlauben sogar die Wahl einer unmoralischen Alternative, solange sich diese in den Grenzen der allgemeinen Verhaltensregeln befindet.

Neoaristoteliker (wie z.B. Rassmussen, oder auch Rand) sind von der Tugendethik geprägt, sie suchen nach dem "gut gelebten Leben", dem höchsten erreichbaren Gut – "eudaimonia".

Adam Mazik studiert Rechtswissenschaften in Bonn und ist als freier Autor tätig. Er war lange Zeit National Coordinator der Students For Liberty Deutschland.

Es ist schwierig dies in einem abstrakten Beispiel zu erklären. Dass ein Milliardär das Recht besitzt, sich 50 Autos zu kaufen, egal ob er einen Führerschein hat, sagt nichts darüber aus, ob er dies tun sollte. Dass jemand ein monetär schlechteres Angebot annehmen kann, einfach wegen seiner Verachtung für den mehr Bietenden, sagt nichts darüber aus, ob so ein Verhalten moralisch richtig oder falsch ist.

Nur weil eine Beleidigung nicht die Rechte eines anderen bricht (dies ist die konsequent-liberale Ansicht), bedeutet dies noch lange nicht, dass dieses Verhalten moralisch richtig ist.

Um das zusammenzufassen: Die Rechte und Verhaltensregeln, die der klassische Liberalismus vorgibt, führen nicht zwingend zum moralischen Verhalten und zum "guten Leben".

Rassmussen argumentiert, dass diese "Ungenauigkeit" des Liberalismus überhaupt erst das moralisch ethische Handeln ermöglicht. Nur dadurch, dass der Mensch eine Wahl zwischen Alternativen hat, kann er überhaupt eine moralisch richtige wählen. Aber was folgt daraus für den Liberalismus? Braucht er, wie es unter anderem die Objektivisten schon lange fordern, eine zusätzliche moralische Ebene?

Die liberale Einstellung

Man könnte allerdings grundsätzlich gegen Rassmussen und den (liberalen-) Neoaristotelismus argumentieren. Möglicherweise sagt uns der Liberalismus nicht, welches Verhalten in einer Situation moralisch richtig ist. Der Liberalismus kann aber durchaus auch als eine Einstellung, beziehungsweise eine Gruppe von generellen Einstellungen zusammengefasst werden, die uns in vielen Situationen aufzeigen können, welches Verhalten in der jeweiligen Situation das moralisch richtige im liberalen Sinne ist. Insofern benötigt der Liberalismus keine zusätzliche moralische Ebene.

Es ist nicht einfach, diesen Einstellungen einen Namen zu geben. Man könnte den liberalen als risikofreudig bezeichnen; dies ist allerdings nur ein kleiner Teil der liberalen Einstellung. Man könnte ihn aber auch als dogmatisch bezeichnen, denn zwar mögen die selbsternannten "Libertarians" keine zu komplexen und langen Regeln, die wenigen, die aber ihr Weltbild definieren, möchten sie aber nahezu krampfhaft einhalten (und von anderen eingehalten sehen…).

Der Begriff, der die liberale Einstellung wohl am Besten beschreibt ist die "Offenheit". Dieser hat naturgemäß verschiedene Facetten. Es ist die offene Einstellung Neuigkeiten und Ideen gegenüber, die "Openness" des five traits Modells, ein Persönlichkeitsmerkmal, das die Liberalen mit den "Linken" teilen. Aus dieser intellektuellen Offenheit ergibt sich aber die Offenheit gegenüber anderen Menschen – die den Liberalen zu einem Freund der freien Migration macht. Es ist die Offenheit für alternative Lebenskonzepte, die tolerante und egalitäre Seite des Liberalismus. Der offene Liberalismus ist inklusiv: Sowohl für Migranten, Minderheiten als auch für andere Gruppen, die durch staatliche Eingriffe (aber auch gesellschaftliche Einstellungen) diskriminiert wurden: Homosexuelle, Frauen, aber auch die Transgender Community. Die Würde des Menschen steht im Zentrum.

Die Intuition eines konsequenten Liberalen ist progressiv

Aus diesem Grund ergeben künstliche Verbindungen wie der "konservative Liberalismus" wenig Sinn und stehen im Gegensatz zu der allgemeinen Einstellung, die uns Liberale auszeichnet.

Der krampfhafte Versuch, die "westliche" Kultur aufrechtzuerhalten, beruht am Ende auf einem Unverständnis, wie diese Kultur entstanden ist und wie sie sich ändert. Unsere Kultur ist eine Momentaufnahme, eine sich langsam, aber kontinuierlich ändernde Materie, die nur deswegen entstanden ist, weil frühere Konservative versagt haben. Wenn unsere liberale Kultur tatsächlich durch neue und andere Ideen bedroht ist, dann sollte uns dies nachdenklich stimmen.

Der schwedische Autor Johan Norberg schreibt in seinem Buch "Open":

"It turns out that almost all the things that we hold dear, and that many now assume are being threatened by openness, were once created by openness. This is the dilemma for the cultural protectionist: he always defends something that former protectionists were not successful enough to prevent."

Und genau dies sollte die generelle Intuition des Liberalen sein. Das bedeutet nicht, dass jede Veränderung gut ist. Es wird hier weder Nihilismus noch Gleichgültigkeit gepredigt. Was stattdessen vorgeschlagen wird ist mehr Mut und Offenheit. Was den Liberalen auszeichnet, sind nicht die ökonomischen Einstellungen oder das Menschenbild. Es ist nicht eine bestimmte Tradition. Es ist auch nicht eine bestimmte Sicht von Rechten, oder von Gesetz, denn auch diese unterscheiden sich unter Liberalen stark.

Was den Liberalen von dem Linken oder dem Konservativen unterscheidet, ist seine konsequente Offenheit.

Ein Linker fürchtet die kreative Zerstörung in der Wirtschaft. Der Konservative fürchtet sie im kulturellen Bereich. Der Liberale erlaubt sie in beiden Bereichen: Er ist konsequent.

Diese Intuition "in Zweifel für die Offenheit" kann als Leithilfe genutzt werden, als eine Einstellung in schwierigen Fällen.

Das Fundament unserer Zivilisation

Sind Traditionen unnützer Ballast, den wir alsbald abwerfen sollten? Nein, argumentiert Juan D. Estevez: Traditionen sind unerlässlich, um die Errungenschaften unserer Gesellschaft aufrechtzuerhalten und weiter fortschreiten zu können.

Welche Rolle spielen Traditionen in unserer modernen Gesellschaft? Im Zeitalter des technologischen Fortschrittes und der Vernunft könnte man denken, dass Traditionen nur unnötiger Aberglaube sind, der unseren Fortschritt verhindert. Es sind eher Konservative, die Traditionen wertschätzen. Letztendlich hat ja das Wort Konservatismus seinen Ursprung im lateinischen *conservare* – oder auf Deutsch: bewahren. Anders der Liberalismus, die Ideologie einer Gesellschaft, die sich ständig fortentwickelt und erneuert – die nie stillsteht. Der Liberalismus ist keine politische Ideologie, die die Vergangenheit verehrt, sondern eine, die zukunftsorientiert ist. Ja, der Liberale strebt nach Fortschritt. Jedoch sollten Liberalen auch verstehen, dass stabiler Fortschritt nur mit Rücksicht auf die bestehenden Institutionen und Traditionen der Gesellschaft entstehen kann. Ansonsten gefährdet der Fortschritt unsere Gesellschaft: die Falle des konstruktivistischen Rationalismus.

Mit *konstruktivistischem Rationalismus* meinte der Ökonom, Sozialphilosoph und Nobelpreisträger Friedrich von Hayek, eine Position, die behauptet, dass allein die Vernunft des Menschen ausreicht, um die Gesellschaft neu zu gestalten. Traditionen und Institutionen, die sich nicht alleine aus der Raison ableiten lassen, besäßen keine Existenzberechtigung – jede Institution solle allein durch rationale Begründung gerechtfertigt werden. Ein Beispiel dieses konstruktivistischen Rationalismus sind die Intellektuellen der französischen Aufklärung. Diese behaupteten, dass eine kleine Gruppe von Individuen die menschlichen Institutionen von Grund auf neu erdenken könne. So sagte Voltaire: *„Verbrennt eure Gesetze und macht deren neue! Woher die neuen nehmen? Aus der Vernunft!“* Die Französische Revolution versuchte sich komplett von den alten Strukturen ihrer Gesellschaft zu befreien, die Grundsteine zu verändern – dies gelang den Revolutionären aber nicht gänzlich. Der französische Historiker und Politikwissenschaftler Alexis de Tocqueville beschrieb, dass die Revolution die gleichen Verbrechen des alten Regimes wiederholte, nur diesmal unter dem Deckmantel der Gleichheit. Nach zehn Jahren endete die Revolution mit dem Aufstieg Bonapartes. Die Französische Revolution hat – ohne Diskussion – viele positive Veränderungen gebracht, die später zum Vorbild vieler wurden. Jedoch wurde auch klar,

Juan D. Estevez studiert Politikwissenschaften und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Hayek Institut und dem Austrian Economics Center in Wien. Er ist Mitgründer der Frankfurt SFL, Campus Ambassador der FEE und Young Affiliate bei NOUS.

dass menschliche Institutionen zu komplex sind, um sie gleichsam aus dem Nichts neu zu erfinden; eine Position, die Tocqueville mit dem britischen Staatsphilosophen Edmund Burke teilte.

Aber warum lassen sich menschliche Institutionen nicht allein durch menschliche Vernunft kreieren? Und, vor allem, welche Rolle spielen hier Traditionen? Warum können wir nicht einfach ein leeres Blatt Papier nehmen und uns die perfekte Gesellschaft von Grund auf ausdenken und dann verwirklichen? Nun, es geht hauptsächlich um Informationen und ihren Austausch. Dabei reicht es nicht mal, die nötigen Informationen zu besitzen. Man muss sie auch verstehen – es geht um Wissen. Also, um Institutionen neu zu gestalten brauchen wir zuerst Informationen. Zentrale Planung scheint dann nur möglich, wenn wir uns im kleinen Rahmen bewegen, Universitäten und Schule sind Beispiele dafür. Aber je komplexer unser Gegenstand wird, desto schwieriger ist es, alle nötigen Informationen zu besitzen. Und eine Gesellschaft ist nun gerade von der höchsten Komplexität, die wir uns vorstellen können – anders als Organisationen wie Schulen. Daher ist es hier einem Einzelnen nicht möglich, die notwendigen Informationen zu sammeln und danach die Institutionen der Gesellschaft zu planen. Dementsprechend sind viele unserer gesellschaftlichen Institutionen nicht das Ergebnis von zentraler Planung, sondern das Produkt der Handlungen einer Vielzahl von Individuen, die kein einheitliches Ziel anstrebten. Es sind diese kooperativen Handlungen, mit denen Informationen übertragen und Wissen genutzt wird; Wissen, das oft implizit ist und daher nur vom Träger gebraucht werden kann. Dezentraler Austausch kann daher in vielen Situationen effektiver verteiltes Wissen nutzen als zentrale Planung.

Je mehr Informationen wir besitzen, austauschen und nutzen, desto besser können wir unsere Institutionen verbessern und anpassen. Hier spielt Tradition eine wichtige Rolle. Denn Tradition ist keine Momentaufnahme. Sie ist das Ergebnis der Interaktionen zwischen Individuen, nicht nur im Jetzt, sondern auch aus der Vergangenheit – also das Ergebnis von akkumuliertem Wissen. Im Laufe der Geschichte nahmen Institutionen unterschiedliche Formen an; sie sind durch einen Trial-and-Error-Prozess über mehrere Generationen hinweg entstanden. Jene Institutionen, deren Gruppen erfolgreicher waren, setzten sich langfristig durch und verbreiteten sich. Sie sind also nicht das Ergebnis der Überlegungen eines einzelnen Individuums (so wie die Rationalisten vermuten), sondern das Resultat der Beiträge Tausender Individuen, von denen ein jeder das seine zu diesem Prozess des Informationsaustausches sowie der Selektion beigesteuert hat. Würden wir auf das akkumulierte Wissen von mehreren Generationen verzichten, dann müssten wir immer von neu anfangen in der Suche nach den besten Alternativen. Unsere Institutionen beruhen daher auf Traditionen, sie entstehen daraus.

Kein Individuum kann Institutionen, die sich im Laufe der Geschichte in einem evolutionären Prozess herausgebildet haben, von Grund auf neu erdenken. Dies würde erfordern, dass ein einzelnes Individuum das Wissen aller relevanten Fakten und möglichen Ergebnisse besitzt, die im Laufe der Geschichte zur Herausbildung der betreffenden Institution geführt haben – und das ist unmöglich. Zum Beispiel das Recht, die Moral, das Geld und der Markt sind Institutionen, die nicht in jeder Generation neu gedacht werden, sondern in einem evolutionären Prozess entstanden. Eine bewusste Planung der Gesellschaft scheitert allein daran, dass jedes Mitglied der Gesellschaft nur einen Bruchteil des Wissens hat über jene Tatsachen, die die Gesellschaft funktionieren lassen – und jenes Wissen, das es besitzt, ist häufig implizit und kann gar nicht anderen kommuniziert werden. Weil jedes Individuum nur einen Bruchteil dieses Wissens, das teilweise unartikulierbar ist, besitzt, sind all die Faktoren, die die Entstehung von Institutionen ermöglichen, in ihrer Gesamtheit unbekannt.

Unsere heutigen Institutionen sind nicht perfekt, aber sie bieten für den Fortschritt der Gesellschaft die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Um eine freiere Gesellschaft zu erreichen, dürfen Liberalen daher nicht in der Falle des konstruktivistischen Rationalismus fallen, sondern müssen das in Traditionen und Institutionen innewohnende Wissen aus den alten Generationen beachten und Fortschritt innerhalb dieser Rahmenbedingungen anstreben.

Traditionen haben eine Daseinsberechtigung, die sich nicht rational ableiten lässt. Sie bilden dennoch die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft. Unsere Institutionen „[…] wurden nicht errichtet, weil die Menschen das Gute, das sie bringen würden, vorausgesehen haben […] [sie sind] nicht das Produkt einer planenden menschlichen Vernunft […] [, sondern das] Ergebnis anpassender Entwicklung“, schrieb Hayek in *Die Verfassung der Freiheit.* Unsere Bestrebungen eine freiere Welt zu erreichen, sollten daher nicht unsere Traditionen ignorieren. Traditionen bieten uns die Spielregeln innerhalb derer wir die Institutionen der Freiheit vervollkommnen, ausdehnen und, selbstverständlich, verbessern können.

SFL LOCAL COORDINATORS

EDUCATING, DEVELOPING AND EMPOWERING THE NEXT GENERATION OF LEADERS OF LIBERTY

Wer sind die Students For Liberty?

Die Students For Liberty (SFL) sind ein weltweites Netzwerk für Studierende, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung eintreten. In den vielen lokalen Gruppen werden Vorträge, Debatten und auch Workshops organisiert. Auf den vielen Konferenzen in Europa und der ganzen Welt erlebt man Reden von außergewöhnlichen Persönlichkeiten und lernt viele neue Menschen kennen. SFL hilft, vernetzt und bildet junge Menschen aus, um für die Freiheit in Europa aktiv zu streiten.

Wie Du mitmachst

Am einfachsten bewirbst du dich auf: **localcoordinators.org**

Dort beantwortest du ein paar Fragen zu dir und zum Thema Freiheit. Anschließend laden wir dich zu einem kurzen Gespräch ein und – wenn alles klappt, bist du Local Coordinator! Das bedeutet: Du bist Mitglied bei uns und bekommst die volle Unterstützung; kannst an Events teilnehmen und sie organisieren (und erhälst dafür finanzielle Unterstützung von SFL). Für dich ist selbstverständlich alles kostenlos. Bei Fragen schreibe uns einfach an – ganz informell auf den gängigen Kanälen.

Worum es uns geht

Bevormundung, Gesetzesflut, irrsinnige Corona-Regeln – Wer setzt sich noch reflektiert für mehr Freiheit ein? Organisiere mit anderen zusammen Veranstaltungen an deiner Uni und diskutiere über Demokratie, Freiheit und Fortschritt. Wende dich an uns und schließe dich einer Gruppe an.

@sfldach

@esflgermany

kontakt@studentsforliberty.de

Setzt dich für die Freiheit ein und bewirb dich jetzt!

WWW.LOCALCOORDINATORS.ORG

SFL D-A-CH

Was wir von Assange und Wikileaks lernen können: Journalismus und die Notwendigkeit von Anonymität

Als der Gründer von Wikileaks, Julian Assange, im April 2019 vor den Türen der ecuadorianischen Botschaft verhaftet wurde, sahen viele darin Anlass zur Trauer – sowohl für die Freiheit von Journalisten als auch für die Freiheit, die Regierung zu kritisieren.

Bader Zaidan ist Datenanalyst bei den Students for Liberty und freiberuflicher Sicherheits-informatiker. Er studiert Elektrotechnik an der RWTH Aachen und ist Mitglied des Chaos Computer Club.

Assange droht nun die Auslieferung an die USA und bleibt in einem Gefängnis in Großbritannien. Währenddessen haben Weißrussland und sein Diktator Lukaschenko auf dem europäischen Festland ein Flugzeug gewaltsam umgeleitet, um Raman Pratasewitsch zu verhaften, einen Blogger und Journalisten, der für seine Berichterstattung über die weißrussischen Proteste bekannt ist.

Journalismus und das Recht auf freie Meinungsäußerung werden weltweit attackiert, und Rede- und Freiheitsrechte werden jeden Tag stärker eingeschränkt. In Deutschland werden Konzerne durch das Netzwerkdurchsuchungsgesetz gezwungen, Inhalte zu zensieren und zu redigieren. Der bevorstehende Klarnamenzwang unter dem Telekommunikationsgesetz wird es Nutzern unter dem Deckmantel angeblicher Sicherheit unmöglich machen, anonym zu bleiben und setzt sie dem Risiko einer Verhaftung aus, wenn sie "illegale" Meinungen vertreten oder versuchen, brisante Inhalte an Journalisten weiterzugeben.

Seitdem sie im Visier von Regierungen sind, haben Journalisten wie Assange Verschlüsselungstools verwendet. Sie haben herkömmliche Kommunikationsmethoden durch schwer abzufangende Dienste wie PGP (Software) ersetzt. Dies hat ihr Recht, ihren Beruf auszuüben, garantiert und ihre Quellen vor Verfolgung geschützt.

Die Entwicklung komfortablerer und einfacher zu bedienender Technologien, die die Freiheiten der Nutzer respektieren, wird von Tag zu Tag beliebter.

Und angesichts einer immer größer werdenden Pro-Zensur-Bewegung steigt die Nachfrage nach geheimnis- und datenschutzfreundlichen Tools stetig. So wurde erst kürzlich der Artikel 17 der Richtlinie (EU) 2019/790 zu Inhaltsfiltern in den deutschen Bundestag eingebracht und soll demnächst verabschiedet werden. Aber gegen all diese übergreifenden Gesetze wird es Innovationen geben, die diesen entgegenwirken, wie z. B. die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

Informationsfreiheit, Freiheit von Zensur und Freiheit zur privaten Kommunikation sind glücklicherweise einige der Rechte, für die man in Form von zivilem Ungehorsam am einfachsten kämpfen kann. Wir haben bereits eine Massenabwanderung von Nutzern von Whatsapp gesehen, seitdem diese die Änderung der Nutzungsbedingungen angekündigt haben. Die Nutzer sind auf private, sichere und verschlüsselte Apps wie Signal, Threema und das berüchtigte Telegram ausgewichen. Und so wie wir gegen die Nutzungsbedingungen protestiert haben, können wir auch gegen die rechtswidrige und übergriffige Regulierung durch den Staat protestieren.

Die Ausübung unserer Bürgerrechte überall dort, wo es möglich ist, ist der beste Weg, ihre Wegnahme zu verhindern. Und Protest gegen Zensur und Überwachung geht am besten, indem wir Anonymität und Verschlüsselung praktizieren. Wir sollten aus diesen prominenten Fällen und der Gesetzgebung lernen und uns aktiv gegen rechtswidrige Praktiken des Staates wehren.

Freier Wettbewerb im Internet: Ein Tool dafür könnte Interoperabilität sein

Im Internet haben heutzutage einige wenige Unternehmen starke Machtstellungen inne. Eine mögliche Antwort hierauf könnte Interoperabilität sein, meint Alexandre Kintzinger.

Freier Wettbewerb durch Markteintritte von Konkurrenten scheint im Internet durch die üblichen Verdächtigen Google, Facebook, Amazon & Co. ausgebremst zu werden. Zudem wird ihnen vorgeworfen „Datenkraken“ zu sein, welche uns im Tausch gegen unsere Daten einen Service bieten, dies jedoch unter Inkaufnahme unserer Bindung an ein Unternehmen und der Beschränkung unserer Freiheit als Konsumenten. Als Heilmittel dagegen wird Interoperabilität angepriesen, welche eine Alternative zu gängigen regulatorischen Eingriffe darstellen soll.

Marktkonzentration und fehlender Schutz von Nutzerdaten wie der Privatsphäre von Konsumenten mobilisierte in den USA beide großen Parteien zu «Anti-Trust»-Maßnahmen gegen den «Big Tech»-Sektor („The Bipartisan Antitrust Crusade Against Big Tech“). Auch die EU hat die großen Tech-Konzerne im Visier (Stolton, „EU SMEs in Bid for Greater Interoperability in Digital Markets Act“). Dabei wird Interoperabilität als Schlüssel für fairere Wettbewerbsbedingungen aufgeführt. Mehr Wettbewerb und Konsumentenfreiheit sowie der Schutz der Privatsphäre ist aus liberaler Sicht begrüßenswert. Kritisch sollte dennoch betrachtet werden, welche Risiken bestehen und inwiefern das Eingreifen des Gesetzgebers für Interoperabilität notwendig ist.

Zunächst gilt zu verstehen, was Interoperabilität bedeutet und wie diese eingesetzt werden kann, um mehr Wettbewerb in der Tech-Branche zu garantieren. Und zudem die Frage wie uns als Konsumenten mehr Freiheiten gegeben werden können, betreffend der Auswahl wie auch dem Wechsel zwischen verschiedenen elektronischen Dienstleistungen? Dazu hat die „Electronic Frontier Foundation“ (EFF) ein ausführliches Paper unter dem Namen „Privacy Without Monopoly: Data Protection and Interoperabiity“ (Cyphers und Doctorow) veröffentlicht. EFF zählt zu den führenden US-amerikanischen NGOs, welche sich seit mittlerweile mehr als 30 Jahren für Innovation, Freie Rede, den Schutz der digitalen Privatsphäre und allgemein für Grundrechte in Netz einsetzt.
Die EFF vertritt in diesem Paper die Vision von einem Internet, in dem ein Zusammenspiel aus Interoperabilität und Datenschutz stattfindet. Zudem möchte die EFF eine Alternative zu den

Alexandre Kintzinger kommt aus Luxemburg und steht kurz vor Abschluss seines Bachelors an der FH Aachen in Media and Communications for Digital Business. Er ist Stipendiat der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung und ist nebenbei tätig als freier Nachwuchsjournalist.

Stimmen sein, welche die „Big Tech"-Konzerne Facebook, Apple, Google und Co. nur durch Datenschutzgesetze regulieren möchten, ohne deren Monopol auf unser Daten anzutasten. Die EFF befürchtet, dass durch Regulierungen dieser Art der Staat seine Einflusssphäre im Netz erweitern wird. Für die EFF schließen sich nämlich freier Wettbewerb und Datenschutz nicht aus.

Laut der NGO waren die großen Technologieunternehmen noch nie gut darin, sensible Nutzerdaten zu schützen, und die reformierten Gesetze im Bereich Datenschutz erwiesen sich als wenig ausreichend. Die EFF möchte den Usern mehr Konsumentenfreiheit wiedergeben, damit diese etablierte Unternehmen unter Druck setzen können. Dazu sollte es neuen Marktteilnehmern ermöglicht werden, leichter datenschutzfreundliche Alternativen zu entwickeln. Dadurch soll eine Konkurrenz gegenüber den etablierten Marktteilnehmer entstehen, zu denen jederzeit deren Kunden abwandern können, etwas was innerhalb eines freien Marktes stets garantiert sein sollte.

Urs Gasser, Leiter vom Berkman Klein Center for Internet & Society der Harvard University, bezeichnet Interoperabilität als die Fähigkeit, nützliche Daten und andere Informationen über Systeme, Applikationen oder andere Komponenten hinweg zu übermitteln und darzustellen („Interoperability in the Digital Ecosystem") Bei der Interoperabilität geht es also darum, bei verschiedenen Systemen oder digitalen Infrastrukturen die gegenseitige Kompatibilität zu gewährleisten, damit diese miteinander gegenseitig interagieren können. Für eine zukünftige Interoperabilität Strategie hat die EFF vier grundlegende Empfehlungen.

Der erste Vorschlag umfasst die **wettbewerbsorientierte Kompatibilität** (Competitive compatibility). Diese soll es kreativen Entwicklern und innovativen Start-ups ermöglichen, mit den Dienstleistungen der etablierten Tech-Unternehmen ohne deren Zustimmung zu interoperieren. Die rechtlichen Instrumente, welche die Big-Tech Unternehmen einsetzen, um anderen Marktteilnehmern die Interaktionen mit ihren Diensten zu unterbinden, werden abgeschafft. Die EFF schlägt zudem vor, dass der Staat neben dem Maßnahmen zu Deregulierung von Gesetzen, welche die Interoperabilität einschränken, diese auch aktiv fördern kann. Ein gesetzlicher Rahmen auf Basis der Open-Source-Definition könnte neuen Marktteilnehmern, die interoperable Dienste anbieten, Rechtssicherheit, unkomplizierte Bürokratie und innovationsfreundliche Standards bieten. Andererseits besteht für die Marktteilnehmer die Möglichkeit, sich über freiwillige Übereinkünfte in Normungsgremien, oder in akademischen Forschungskonsortien an gegenseitige Fairplay-Standards zu binden.

Der zweite Vorschlag umfasst die **Datenübertragbarkeit** (Data portability). Unternehmen würden hierbei dazu verpflichtet, einen Mindeststandard für den Interoperabilitätszugang zu ihren Systemen und Diensten bereitzustellen. User bekommen dadurch das Recht, frei über ihre eigenen Daten zu verfügen und sie jederzeit von den Unternehmen, wo die Daten gespeichert sind, zu transferieren.

Die dritte Empfehlung ist die **Back-end-Interoperabilität** (Back-end interoperability). Dabei würde von den marktdominierenden Tech-Plattformen verlangt werden, dass sie Benutzerschnittstellen garantieren, die ihren Kunden die reibungslose Interaktion mit Usern anderer konkurrierender Dienste ermöglicht. Die EFF erkennt an, dass die **Back-end-Interoperabilität** für Unternehmen, welche ihr unterliegen, sehr einschränkend wirken kann. Nur marktbeherrschende Akteure, welche sich die Kosten für die Einhaltung der Vorschriften leisten können, sollten davon daher betroffen sein. Die NGO rät zudem von übermäßigen Vorschriften durch den Gesetzgeber ab, denn solange Tech-Plattformen Tools entwickeln, welche die gewünschten Datenflüsse ermöglichen und Schutzmaßnahmen für die Privatsphäre der User garantiert sind, solange sollte es keinen etwas angehen, wie dies ermöglicht wird. Weiterhin sollte den Unternehmen ein möglichst ausgedehnter Raum für zukünftige Innovationen und Optimierung geboten werden.

Als vierter Vorschlag empfiehlt die EFF **Delegierbarkeit** (delegability). Hierbei würde von den großen Tech-Unternehmen verlangt werden, Programmschnittstellen zu kreieren, welche es der Software von dritten Marktteilnehmern ermöglicht, mit deren Diensten, im Namen eines Users, zu interagieren. Delegierbarkeit könnte Raum für eine ganze Reihe neuer nutzerfreundlicher Applikationen schaffen, wie benutzerdefinierte Filter für Social-Media-Feeds, Tools für die Barrierefreiheit oder unabhängiges Management von Datenschutzeinstellungen. Für die EFF sind die Probleme der Unternehmenskonzentration und des Datenschutzes im Internet voneinander abhängig. Interoperabilität kann eine Möglichkeit sein, den Wettbewerb wiederzubeleben, Innovationen zu fördern und den Usern wieder mehr Selbstbestimmung über ihre digitalen Identitäten geben. Interoperabilität schafft dies durch neue Datenströme, welche den Tech-Plattformen einen Teil ihrer jetzigen Kontrolle über die Daten nimmt. Facebook und Google könnten gezwungen werden, Userdaten mit Unternehmen auszutauschen. Dies kann wiederum mit Bedingungen verbunden sein, wie gesetzliche Verpflichtungen in Form von Datenminimierung

und informierter Einwilligung.

Den Stimmen gegen die Interoperabilität, welche argumentieren, dass die Tech-Unternehmen, die im Besitz von User-Daten sind, diese am besten schützen können, entgegnet die EFF, dass dem mit einem besseren Datenschutzrecht begegnet werden könnte. Der NGO widerstrebt zudem der Gedanke, dass wir als Konsumenten uns zum Schutz unserer Daten auf den guten Willen der Tech-Plattformen verlassen sollten. Die EFF ist daher davon überzeugt, dass Interoperabilität und andere dem Wettbewerb dienende Maßnahmen entscheidend sind, um plutokratische Einflüsse der Tech-Plattformen auf die Regierungen und die Politik zu unterbinden. In den Augen der EFF ist ein interoperables Internet innovativer, da es auf weniger Akteure konzentriert ist und somit die Rechte der User besser schützt.

Interoperabilität ohne Datenschutzverordnungen provoziert nach der EFF jedoch einen Wettbewerb danach, wer dem User die meisten Daten entlocken kann. Gesetzesinitiativen bezüglich Interoperabilität in den USA sowie in dem Vereinigten Königreich enthielten jediglich Überlegungen zum Datenschutz. Nur die EU verfügt über strenge Datenschutzverordnungen, die einen einheitlichen Standard für den Datenschutz schaffen, so der EFF. Interoperabilität benötigt jedoch nicht unbedingt ein staatliches Eingreifen. Dies zeigt z. B. das Engagement verschiedener großer Tech-Unternehmen beim Data Transfer Project („https://datatransferproject.dev“), welches sich zum Ziel setzt, einen Open-Source-Standard für die Datenübertragbarkeit zu etablieren.

Die Skepsis, die Liberale bei staatlichen Eingriffen hegen, ist aus der Erfahrung her verständlich, sollte jedoch nicht zu einer dogmatischen Ablehnung führen. Vor allem nicht, wenn es darum geht, dem Einzelnen Freiheitsrechte zu gewähren. Wenn sich in einem Markt Strukturen entwickelt haben, die einen fairen, freien Markt aushebeln und die quasi den Charakter von staatlichen Institutionen einnehmen, jedoch ohne demokratische Kontrolle, kann diese Bedrohung der Freiheit nicht außer acht gelassen werden. Wenn diese privaten Institutionen uns ohne jegliche Barrieren ausspionieren und diese Informationen obendrauf noch mit staatlichen Geheimdiensten teilen, dann sollten bei jedem Liberalen die Alarmglocken läuten.

Die Skepsis, die Liberale bei staatlichen Eingriffen hegen, ist aus der Erfahrung her verständlich, sollte jedoch nicht zu dogmatischen Ablehnungen führen. Vor allem nicht, wenn es darum geht, dem Einzelnen Freiheitsrechte zu gewähren.

Falls Interoperabilität Eingriffe in den Markt erforderlich macht z.B. um regulatorische Schranken zu beseitigen oder um Standards beim Datenschutz zu garantieren, ist dies deshalb nicht per se abzulehnen. Zumindestens eine offene Diskussion ist dann angebracht, welche sich, gemäss liberaler Grundwerte, Vernünftig und Rational mit den aktuellen Gegebenheiten der Realität auseinandersetzt. Liberalismus bedeutet eben halt nicht, alles was Unternehmen tun, in einem naiven und gutgläubigen Vertrauen in die Strukturen des Marktes, einfach hin zu nehmen. Viel zu oft werden diese Strukturen in einem Zusammenspiel von Markt und Staat gegen die Interessen der Mehrheit der einzelnen Akteure ausgehebelt. Ein Liberaler ist kein Lobbyist der lediglich den Interessen machthungriger Konzerne zu dienen hat. Die Feinde der Freiheit in unserer Gesellschaft verbergen sich nämlich oft hinter den unterschiedlichsten Gebilden.

Freiheit in der Krise

Die Corona-Zeit ist eine Krisenzeit in einem doppelten Sinne. Die Corona-Pandemie ist eine Krise, auf die die Gesellschaften Antworten finden müssen. Aber die Corona-Krise ist auch eine Krise für die Freiheit, betont Paulina Plinke.

Paulina Plinke studiert Betriebswirtschafts-lehre und Psychologie in Frankfurt am Main. Sie ist National Coordinator der Students for Liberty Deutschland und interessiert sich neben allerlei liberalen Themen vor allem für Literatur und Poesie.

Schon seit Jahrhunderten und Jahrtausenden streben Philosophen rund um den Globus nach der Erkenntnis über den Sinn des Lebens. Und spätestens seit dem Zeitalter der Aufklärung ist auch der gewöhnliche Bürger unter dem Leitspruch „Sapere aude!“, was frei übersetzt bedeutet „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, angehalten, sich seine eigenen und individuellen Gedanken zu machen, um eine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens zu finden.

In diesem Kontext fallen oftmals Begriffe wie „Glück“ und „Freiheit“ – beides abstrakte Nomen, deren exakte Bedeutung sich schwer erfassen lässt, da jeder Mensch sie anders versteht. Glück ist gemeinhin definiert als Erfüllung menschlichen Wünschens und Strebens und somit sehr vielschichtig, da jeder Mensch andere Vorstellungen von den Inhalten eines erfüllten Lebens hat.

Freiheit lässt sich womöglich sogar noch schwieriger definieren, auch da es unterschiedliche Arten von Freiheit gibt. Allgemein benennt Freiheit einen Zustand der Autonomie eines Subjekts. Das heißt, dass Menschen unabhängig von persönlichen oder gesellschaftlichen, als Zwang oder Last empfundenen Bindungen oder Verpflichtungen zwischen unterschiedlichen Möglichkeiten auswählen können, sich in ihren Entscheidungen also nicht eingeschränkt fühlen. Bei dieser Definition ist zu beachten, dass ein sich nicht eingeschränkt fühlen nicht gleichbedeutend ist mit nicht eingeschränkt sein, beispielsweise durch Gesetze oder Verordnungen. Zudem gibt es zwei verschiedene Arten von Freiheiten: Positive (Freiheit zu etwas) und negative (Freiheit von etwas). Im Grundgesetz verankert sind unter anderem die Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8 Absatz 1) sowie die Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1).

Im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, die bereits seit März 2020 eine weltweite Bedrohung darstellt, wurden viele Freiheiten und Grundrechte drastisch eingeschränkt. Innerhalb weniger Wochen veränderte sich unser gesamtes Alltagsleben – es ist mittlerweile selbstverständlich geworden, nur mit Maske einkaufen zu gehen und einen Sicherheitsabstand von mindestens 1,5 Metern zu anderen Personen einzuhalten. Und es ist leider auch selbstverständlich geworden, dass der Staat uns nach Belieben Vorschriften machen kann, die unvereinbar mit unseren Grundrechten sind, sofern dies dem „Wohle der Allgemeinheit“ und insbesondere dem Schutz von Risikogruppen dient.

Gleichwohl wird bei den Entscheidungen über Verlängerungen und Verschärfungen von Lockdowns oft nicht bedacht, dass Tote durch das Corona-Virus nicht die einzigen Opfer der Pandemie sind. Viele Menschen leiden in der Isolation unter Einsamkeit. Personen, die mit einer Sucht, Essstörung oder Depressionen kämpfen, haben es erheblich schwerer als es unter normalen Umständen schon der Fall ist. Und neben all diesen Menschen leiden auch unsere Freiheitsrechte erheblich: Zeitweise gab es in Deutschland Regeln,

die einen Bewegungsradius von maximal 15 Kilometern für Personen in Hochrisikogebieten erlaubten – Ziel dessen war eine Minimierung der Mobilität zur Eindämmung des Infektionsgeschehens. Später gab es entgegen der vormaligen Aussage des Bundesgesundheitsministers („Keine Sonderrechte für Geimpfte“) Erleichterungen für Geimpfte und Genesene – sie waren im Mai 2021 von der im Rahmen der „Notbremse“ geltenden bundesweiten nächtlichen Ausgangssperre von 22 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ausgenommen und hatten keine Kontaktbeschränkungen hinsichtlich Anzahl der Personen und Haushalte zu beachten.

Alles in allem bedingten Haltung und Handlung der verantwortlichen Personen vielfach einen Vertrauensverlust in die Politik und auch in die Zukunft. Aus aktuellen Studien geht hervor, dass etwa die Hälfte der Befragten ihre Sorge, dass Freiheitsrechte längerfristig eingeschränkt bleiben, als groß oder sehr groß bezeichnen. Kein Wunder in Anbetracht dessen, dass es innerhalb weniger Wochen möglich wurde, unsere vorher als unantastbar geltenden Grundrechte auszuhebeln. Zudem litten unter den (oder während der) Lockdowns besonders die Freiheiten, die dem Großteil der Menschen am wichtigsten sind: Meinungsfreiheit, körperliche Freiheit und Bewegungsfreiheit. Ja, auch die Meinungsfreiheit hat, ob es nun beabsichtigt war oder nicht, unter den strengen Maßnahmen gelitten. Denn auch wenn zu keinem Zeitpunkt eine offizielle staatliche Zensur stattgefunden hat, wurden sehr wohl Leute mundtot gemacht. Es hat sich eine regelrechte Cancel Culture entwickelt, durch die selbst Leute, die vollkommen berechtigte Kritik an den Maßnahmen geäußert hatten, umgehend in eine Schublade mit Querdenkern, Aluhutträgern und allerlei anderen Verschwörungstheoretikern gesteckt wurden.

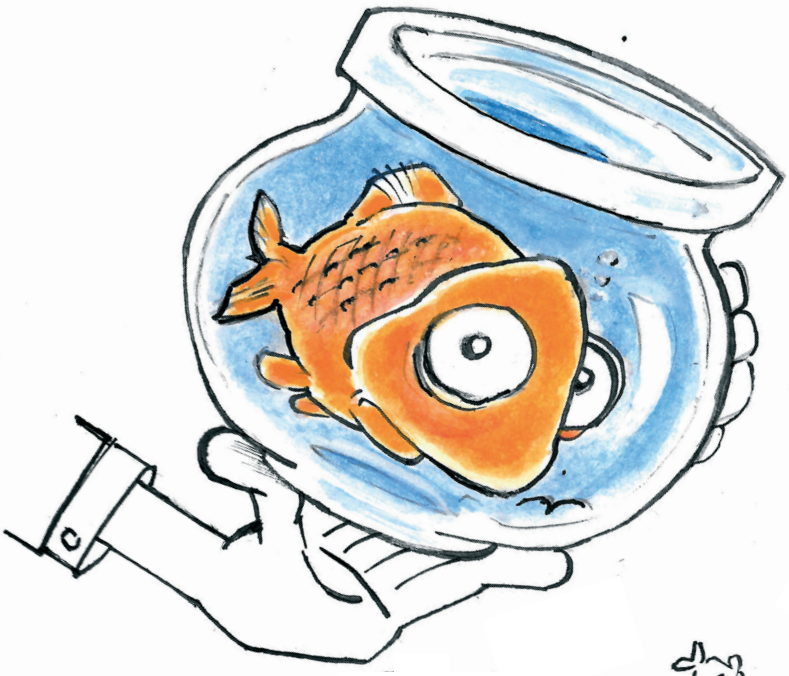
Darüber hinaus hat sich auch die Pressefreiheit in Deutschland während der Corona-Pandemie beachtlich verschlechtert: Laut Reporter ohne Grenzen hat die Gewalt gegen Medienschaffende eine hierzulande „nie dagewesene Dimension“ erreicht, weshalb die Menschenrechtsorganisation die Situation in Deutschland nur „als ‚zufriedenstellend‘ einstuft und nicht mehr als ‚gut‘ “, wie in es in den Vorjahren stets der Fall war. Die Corona-Pandemie bedroht aber nicht nur in Deutschland, sondern weltweit massiv die Freiheitsrechte. Dies zeigt auch der Atlas der Zivilgesellschaft 2021 des Hilfswerks "Brot für die Welt" und der internationalen Non-Profit-Organisation Civicus: „Das Jahr 2020 hat gezeigt, wie schnell Freiheitsrechte ausgehebelt werden können. Wer sich für Menschenrechte oder Umweltschutz engagiert, muss mit Unterdrückung rechnen – oft befeuert von höchsten staatlichen Stellen.“ Und auch die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik stellt fest, dass autoritäre Staaten in der Krise noch autoritärer werden – davor warnte die Konrad-Adenauer-Stiftung ebenfalls bereits vor einiger Zeit.

Ist es im Hinblick auf diese beunruhigenden Entwicklungen also überhaupt dystopisch zu sagen, dass die Welt nach Corona eine unfreiere sein wird als davor – oder ist es lediglich eine realistische Einschätzung? Eine ernstzunehmende Befürchtung ist es allemal, und vor allem ein höchst besorgniserregender Gedanke für mich – denn ich kann nicht glücklich sein, wenn ich nicht frei bin, und ich denke ich bin mitnichten die Einzige, der es so geht. Natürlich war mir schon vor der Corona-Pandemie bewusst, wie wichtig Freiheit für mich ist: Sie ist neben glücklich sein der höchste Wert im Leben, den ich zu erreichen strebe. Aber vieles lernt der Mensch erst dann richtig zu schätzen, wenn er es nicht mehr hat – so eben auch die Freiheit. Durch die Krise ist mir wahrhaft deutlich vor Augen geführt worden, wie elementar Freiheit für ein menschliches Leben ist. Durch die Krise habe ich gelernt, wie wertvoll Freiheit ist und vor allem, dass sie nicht selbstverständlich ist. Durch die Krise habe ich mir intensiver denn je Gedanken darüber gemacht, was Freiheit in meinen Augen und in unserer heutigen Welt bedeutet.

Freiheit ist für mich der Inbegriff eines menschenwürdigen Lebens. Freiheit ist die Möglichkeit, auszuleben wer wir sind, solange wir damit niemandem schaden. Freiheit ist Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Freiheit ist Spontaneität und Kreativität und Schöpfergeist. Freiheit ist ein Recht und eine Aufgabe. Freiheit ist der Weg und das Ziel. Freiheit ist so viel und ohne Freiheit ist alles nichts. In diesem Sinne ist „Give me Liberty, or give me Death!“ aus meiner Sicht ein beim Wort zu nehmender Ausspruch, denn ohne Freiheit ist zwar eine Existenz, ein Überleben, möglich, nicht aber ein Leben wie es sein sollte. Freiheit ist – und das hat die Corona-Pandemie nur allzu deutlich gezeigt – die Grundvoraussetzung für ein glückliches Leben. Aus diesem Grund müssen wir für unsere Freiheit kämpfen, hier und überall auf der Welt.

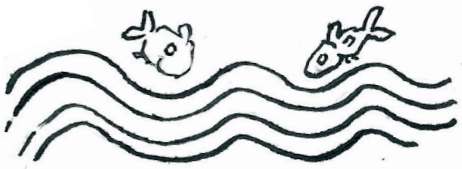
Hayek Institut
Friedrich August v. Hayek Institut

Verändere Deine Perspektive!



Werde jetzt Mitglied im Hayek Institut!

Für Studenten nur € 20



www.hayek-institut.at/mitgliedschaft

HayekInstitutWien
austriancenter
Austrian Economics Center/Hayek Institut
austriancenter

Ein Manifest der Liberalismus-Kritik

Liberalismus-Kritik ist ein beliebtes Buzzword-Bingo vieler. Aber was ist eigentlich Substantielles dran an der Kritik an Kapitalismus und Co., fragt Vincent Czyrnik.

Liberalismus war noch nie wirklich beliebt. Doch mangelt es Kritikern des Liberalismus häufig an fundierter Kritik. Sie schimpfen, meckern und machen Schuldzuweisungen, aber häufig sind ihre Lösungen bestenfalls naiv.

Zu Anfang der Industrialisierung schimpfte man auf die Verfechter des Laissez-faire: Die dickbäuchigen Fabrikbesitzer konnten Männer, Frauen und sogar Kinder gewissenlos ausbeuten und unersättlich nach Reichtum streben. Erst das Eingreifen des Staates machte diesem Elend angeblich ein Ende: Kinderarbeit wurde verboten, Gewerkschaften wurden dank Schutz des Staates nicht weiter von Unternehmern zerschlagen und Arbeiter kamen nach und nach in den Genuss von Tariflöhnen.

Tatsächlich wäre ohne Liberalismus und der damit einhergehenden Freiheit des Wirtschaftens niemals Armut und Kinderarbeit zu so einem großen Maße bekämpft wurden. Auf den Äckern der vorindustriellen Zeit gab es nämlich keine Vier-Tage-Woche und die Kinder genossen keine humanitäre Erziehung; tatsächlich rackerten sie sich teilweise sechs Tage pro Woche mit auf den Äckern ab – in Ganztagesschichten. Erst das verteufelte Wirtschaftswachstum gab den Menschen eine Chance, dem Elend zu entkommen.

Aber die Vorwürfe an den Liberalismus gehen weiter: Heute setzt die neureiche Enkelin ihr Wahlkreuz bei den gelben Liberalen, weil sich die FDP für Liberalismus oder – noch schlimmer – sich für den bitterbösen Neo-Liberalismus einsetzt und die Millionärserbin dadurch keine Erbschaftsteuer oder andere Abgaben befürchten muss. Dank des Liberalismus könne sie nun weiter „das Geld für sie arbeiten lassen“ – Papa, Opa oder gar Ur-Opa hatten das Geld „erwirtschaftet“, was natürlich bedeuten soll, dass sie ihre Arbeiter dafür ausbeuten mussten.

Im Liberalismus wird nur derjenige reich, der für andere Wert stiftet. Das – für Liberalismus-Kritiker – fatale: Hier zählt die subjektive Werttheorie. Das bedeutet, dass Wert daran bemessen wird, wie viel Konsumenten davon profitieren. Jeff Bezos ist der zweitreichste Mensch der Welt, weil fast jeder schon mal bei Amazon bestellt hat. Damit hat er bei fast jedem Menschen subjektiven Wert geschaffen. Es spielt also nicht nur eine Rolle, wie viel Zeit und Mühe in ein Produkt investiert wird, sondern vor allem wie gefragt dieses Produkt ist und wie knapp

Vincent Czrynik studiert Wirtschaftsethik im Master in Halle (Saale), im Bachelor studierte er Wirtschaftswissenschaften und Psychologie. Er ist zudem National Coordinator der Students For Liberty Deutschland.

es auf dieser Welt vorhanden ist. Du kannst jahrelang damit verbringen, ein Startup zu gründen, Produktionsketten zu schaffen und die optimale Produktionsart austüfteln. Wenn du dann feststellst, dass dein Produkt schon im Überfluss vorhanden ist es niemand mehr braucht, dann wirst du in einer Marktwirtschaft damit kein Geld verdienen.

> ***Im Liberalismus wird nur derjenige reich, der für andere Wert stiftet. Das – für Liberalismus-Kritiker – fatale: Hier zählt die subjektive Werttheorie.***

Man kann zudem darüber diskutieren, ob es gerecht ist, dass die Tochter das Erbe der Eltern erhält. Aber warum sollte es gerecht sein, wenn jemand anderes dieses Erbe erhält? Schließlich haben andere dafür auch nichts geleistet. Das Gute: Die reiche Millionärserbin wird auch bei hohem Erbe nicht ewig reich bleiben, wenn sie nicht weiter subjektiven Wert schafft. Auch wenn sie "ihr Geld für sich arbeiten lässt", so verleiht sie anderen Unternehmern ihr Geld, welche ihre Produkte erfolgreich an Frau und Mann bringen müssen. Gelingt den Unternehmern das nicht, so geht es pleite. Die reiche Millionärserbin hat in diesem Fall die falsche Investitionsentscheidung getroffen und ist ihr Geld los.

Selbst der größte Kritiker des Liberalismus wird unter nervösem Augenzucken zugeben: Na gut, ein bisschen „Wohlstand für alle" war mit wirtschaftlicher Freiheit im Liberalismus schon drin. So lebt eine Rekordzahl an Menschen auf der Erde und zugleich nagten nie weniger Menschen prozentual am Hungertuch. Ist ja nicht alles schlecht. Oder doch? Dieser „Wohlstand für alle" kann ja nicht aus dem nichts entstehen: Wenn er gerade mal nicht auf Kosten der Ärmsten geht, dann aber auf Kosten der Umwelt.

Auch das stimmt wieder nur halb. Sicher werden für unseren Konsum Ressourcen genutzt – und das aktuell auch mehr, als für unsere Erde gut ist. Aber Wohlstand geht nicht zwangsläufig mit Ressourcenverschwendung einher. Das Gegenteil ist der Fall: Der Preismechanismus im Liberalismus sorgt dafür, dass die Preise nach oben gehen, sobald etwas knapp wird. Würden die Ölvorräte kurz vor dem Ende stehen, so würden auch die Preise nach oben schießen.

Sicher funktioniert das nicht bei allem so. Auch hier kann man wieder diskutieren, ob und wo Institutionen gebraucht werden, um Natur und Menschen vor den ungezügelten Marktkräften zu schützen. Doch Versuche, den Preismechanimus komplett abzuschaffen, endeten im Fiasko – wie zahlreiche sozialistische Experimente bewiesen haben.

Doch manche meinen, dass Konsum immer mit einem Übel einhergehen muss: Wenn ich im Café meinen Latte Macciato schlürfe, so wurden bestimmt irgendwie dafür Kinder ausgebeutet, irgendwo die Umwelt zerstört und irgendein Kapitalist streicht die Profite ein. Wenn Liberalismus-Kritiker differenziert darauf blicken würden könnte sie zu dem Schluss kommen: Ja, irgendjemand macht damit Profit; ja, den Profit streichen teilweise die Arbeiter selbst in Form von Lohn ein; nein, es wurden dafür keine Kinder ausgebeutet, sondern ihre Bildung wird mit dem Profit finanziert; und auch der Natur geht es noch gut.

Mit jedem Atemzug verbrauchen wir Ressourcen, für jede unserer Mahlzeit und die primitivste Unterhaltung wie Handyspiele hat jemand gearbeitet. Doch besteht unsere Welt aus globalen Interdependenzen: So entsteht Leben, so entsteht Wohlstand. Manche Kritik am Liberalismus ist eine Kritik am Leben selbst.

Die Rechtstaatlichkeit als Fundament unseres Zusammenlebens

Der Rechtsstaat ist in aller Munde. Warum sich hinter diesem sperrigen, oft bemühten und manchmal auch irreführend verwendeten Begriff das Fundament unserer Gesellschaft verbirgt, erklärt der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler.

Wenn Wörter zu oft benutzt werden, lässt sich häufig feststellen, dass sich ihre eigentliche Bedeutung verändert und am Ende oft das Wort nur noch als Worthülle steht, ohne tiefere Bedeutung. Die Rechtsstaatlichkeit ist so ein Wort, welches uns häufig über den Weg läuft, was auf den ersten Blick etwas sperrig klingt und welches sich in den letzten Jahren etwas abgenutzt hat. Dabei verbirgt sich hinter diesem Wort nicht weniger als das Fundament unserer Gesellschaft.

Ob nun in der Corona-Pandemie, der Euro-Krise oder bei der Bekämpfung von Kriminalität, das Wort „Rechtsstaatlichkeit“ erfreut sich ständiger Beliebtheit. Für viele gehört es schon zum guten Ton, sich darauf zu berufen und damit einen Schlussstrich unter eine Aussage zu ziehen. Denn wir als Staat sind per Definition im Grundgesetz ein Rechtsstaat. Wer sich drauf beruft, beruft sich auf den Kern unseres Zusammenlebens, nämlich unsere Verfassung.

Doch was ist die Definition dieses Begriffes, was verbirgt sich hinter der Rechtsstaatlichkeit? Per Definition ist die Rechtsstaatlichkeit ein Attribut eines Staates, der Grundrechte seiner Bürger garantiert, wo staatliche Entscheidungen von unabhängigen Gerichten überprüft werden können und wo öffentliche Institutionen nur im Rahmen von Gesetzen handeln dürfen – einen solchen Staat bezeichnen wir als Rechtsstaat.

Warum die Rechtsstaatlichkeit eine solche wichtige Bedeutung hat, zeigen die Wirtschaftswissenschaftler Daron Acemoglu und James A. Robinson eindrucksvoll in ihrem 2013 erschienenen Buch „Warum Nationen scheitern: Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut“. Sie beschreiben darin inklusive politische Institutionen als die Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Staat. Für sie sind inklusive Institutionen ein Synonym für den Begriff „Rechtsstaat“. Für sie handelt es sich dabei um eine Gesellschaft, die eine unabhängige Justiz hat und somit die Rechte aller Menschen wahrt. Dem gegenübergestellt sind Staaten ohne „Rechtsstaat“ mit ausbeuterischen Institutionen, in denen eine korrupte und autoritäre Regierung herrscht.

Frank Schäffler ist FDP-Bundestagsabgeordneter und Geschäftsführer der Berliner Denkfabrik Prometheus - Das Freiheitsinstitut.

Mit dem Thema, wie ein Rechtsstaat aussehen soll, hat sich auch Friedrich August von Hayek tiefgehend beschäftigt. Für ihn gibt es drei Grundsäulen der Zivilisation, auf die sich eine Gesellschaft berufen muss, die einen Staat aufbauen möchte. Dabei handelt es sich um Friede, Freiheit und Gerechtigkeit. Nur ein Staat, der sich auf diese drei Grundsäulen beruft, kann sich zu einem Rechtsstaat entwickeln. Weitergehend heißt das, dass eine solche Gesellschaft insbesondere die Freiheit und damit auch die Rechtsstaatlichkeit schützt und entwickelt. Für Hayek bedeutet die Rechtsstaatlichkeit also immer, dass sich der Mensch als freier Mensch entfalten kann und seine Ziele nicht durch andere Menschen oder den Staat beeinflusst werden. Der Staat ist ein Rechtsstaat, der diese Rechte schützt - er lenkt die Gesellschaft nicht, sondern lässt den Menschen freien Lauf, ihre Vorstellungen umzusetzen. Das Ideal des Rechtsstaates sind allgemeine, abstrakte Regeln, die für alle gleich sind. Interventionen in das Recht führen meist dazu, dieses Prinzip durch eine Einzelfallgerechtigkeit zu ersetzen.

> ***Somit bedeutet der Rechtsstaat nicht nur Rechte für die Bürger, sondern auch Schutz vor einem übergreifenden Staat, der sich immer mehr von den Bürgern holt. Letztlich sorgt der Rechtsstaat für Machtbegrenzung durch Machtverteilung.***

Vergessen werden dürfen jedoch auch nie die Gefahren, die in einem jedem Rechtsstaat lauern. Hayek beschreibt dies eindrucksvoll, in dem er deutlich macht, dass insbesondere in der Demokratie die Allmacht von Institutionen beschränkt werden muss, da diese häufig von Interessengruppen, aber auch von Regierungen missbraucht werden. Somit bedeutet der Rechtsstaat nicht nur Rechte für die Bürger, sondern auch Schutz vor einem übergreifenden Staat, der sich immer mehr von den Bürgern holt. Letztlich sorgt der Rechtsstaat für Machtbegrenzung durch Machtverteilung. Die Gewaltenteilung steht für dieses Prinzip. Eine Regierung darf nicht alles, aber auch ein Parlament darf nicht alles. In unserer Verfassung sollen die Grundrechte jedes Einzelnen die Macht der Mehrheit begrenzen. Sie sind individuelle Rechte, die auch gegen die Macht der Regierung, des Parlaments oder einer gesellschaftlichen Mehrheit gelten. Auf diesen Schutz der individuellen Freiheit konnten wir uns in der Vergangenheit aber nur verlassen, wenn die öffentliche Meinung dies auch so sah. Hayek schrieb dazu: „Wo immer es individuelle Freiheit gab, war sie weitgehend das Ergebnis der Achtung, welche man solchen Grundsätzen entgegenbrachte, die freilich nie vollständig in Verfassungsurkunden ausformuliert waren. Freiheit ließ sich über längere Zeiträume erhalten, weil derartige, wenn auch nur vage und undeutlich wahrgenommene Grundsätze die öffentliche Meinung beherrschten."

Doch was hat dies nun mit Rechtsstaatlichkeit zu tun? Wenn wir das Wort „Rechtsstaatlichkeit" benutzen, sollten wir nicht vergessen, dass sie das Fundament unserer freiheitlichen Grundordnung ist. Die Rechtsstaatlichkeit ist nichts anderes als der Schutz des allgemeinen Bürgers vor den Eingriffen des Staates oder anderer Institutionen. Es ist deshalb auch heute umso wichtiger zu erkennen, dass wir die Rechtsstaatlichkeit immer verteidigen müssen, wenn sie angegriffen wird. Oft geschieht dies im Namen der „Zweckmäßigkeit" oder des „Pragmatismus". Doch auch oder insbesondere in diesen Momenten darf es keine Ausnahmen gehen. Die Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit bedeutet die Durchsetzung von Recht, wer dieses auch nur für Einzelmaßnahmen aushöhlt, bringt damit die gesamte gesellschaftliche Ordnung ins Wanken.

Wenn wir nun also vor der nächsten politischen Entscheidung stehen, die uns aufgrund einer „pragmatischen Notwendigkeit" aufgezwungen wird, sollten wir uns darüber bewusst sein, was es bedeutet, wenn sich für die Nichteinhaltung von Regeln entschieden wird. Rechtsstaatlichkeit ist in ihrem Kern die Freiheit des einzelnen Bürgers. Für diese Freiheit lohnt es sich einzutreten.

Vorsicht: Demokratie!

Über ein Liberales, aber hartnäckiges Missverständnis mit weitreichenden Folgen berichtet Max Remke.

„Partizipation“, „Teilhabe“, „Verstehen“, „Gemeinsam“, „Vielfalt“ - glaubt man den Phrasen der 100 Millionen Euro teuren staatlichen Akademiker-Arbeitsbeschaffung namens „Demokratie leben!“ ist die Demokratie eine irre Sache. Quasi aus dem Nichts erschafft sie, solange man es nur oft genug probiert (und alle „Demokratiefeinde“ mit ihrem „Hass“ aussortiert), eine sozial harmonische Gesellschaft aller Bürger. Auch die „linksliberale“ Presse fällt in den Freudentaumel der verbalen „Miteinander“-Pampe ein, will „Gespräche fördern“ und „Begegnungsräume schaffen“.

Dass linke Gruppen den Staatsapparat und den Kultur- und Medienbetrieb nutzen, um kollektivistische Phantasien auszuleben, ist wenig überraschend. Denn nichts anderes steckt hinter all den Rufen nach „Einbindung“ und „Beteiligung“ als eine Gesellschaft, in der nicht das Individuum Gestalter ist, sondern das Kollektiv verkörpert durch den Staat. Schlimm aber wird es, wenn vorgeblich liberale Menschen den Freiheitsfeinden auf den Leim gehen und anfangen selbst nach „mehr Demokratie“ und „Partizipation“ zu rufen.

> ***Der aufrichtige Liberale ist folglich ein überzeugter Antidemokrat, genauso wie er auch ein Antiautokrat ist. Er ist insgesamt ein Antikrat, ein Gegner der Herrschaft von Menschen über ihre Mitmenschen. Die Demokratie kann er nur soweit befürworten, wie sie dazu beiträgt die Freiheitsrechte zu erhalten.***

Wer Liberalismus ernst nimmt weiß, dass dieser für klare Werte steht: Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung. Kurzum: Für Individualrechte, die der Einzelne hat und eben nicht die Gemeinschaft über den Einzelnen. Das bedeutet, auch die angebliche “Teilhabe” bzw. die so genannten „positive Freiheiten“ als das zu enttarnen, was sie sind: Unfreiheiten. Ein Recht auf Wohnen ist nur möglich, wenn dafür dem Mitbürger etwas weggenommen wird. Entweder der Wohnraum direkt, auf den der “Mitbürger” ein Anrecht hat, oder via Steuern das nötige Geld für diesen Wohnraum. Jede „positive Freiheit“ ist somit stets die Pflicht des anderen, erfrodert immer staatlichen Zwang..

Anders als individuelle Freiheitsrechte ist Demokratie kein Wert des Liberalismus. In unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist nicht das „Demokratische“ der liberale Wert, sondern ausschließlich das „Freiheitliche“, also die unveräußerlichen Grundrechte des Einzelnen. Jene Grundrechte die vor Intoleranz, Gier, Neid, Missgunst usw. der anderen, des “Demos” geschützt werden.

Der aufrichtige Liberale ist folglich ein überzeugter Antidemokrat, genauso wie er auch ein Antiautokrat ist. Er ist insgesamt ein Antikrat, ein Gegner der Herrschaft von Menschen über ihre Mitmenschen. Die Demokratie kann er nur soweit befürworten, wie sie dazu beiträgt die Freiheitsrechte zu erhalten. Die Demokratie ist ihm damit ein Mittel zu einem Zweck, nämlich dem der individuellen Freiheit. Ein Mehr an “Partizipation”, an “Teilhabe”, an “Miteinander” kurz an staatlichem Zwangssystem über dieses Maß hinaus ist daher für den Liberalen schädlich, ja sogar böse. Diese Position mag kontrovers erscheinen, ist aber wenigstens ehrlich. Vermutlich ist sie gerade deshalb kontrovers, weil sie ehrlich ist.

Heuchlerisch hingegen ist die Position jener Kollektivisten, die mit diesen Begriffen hantieren. Denn auch die Kollektivisten meinen diese nicht ernst, meinen nicht wirklich die “Partizipation” aller. Fragen Sie irgendeinen Antifa-Affinen, ob er gerne mehr “Teilhabe” von Nazis am Diskurs hätte, ein stärkeres “Einbringen” von AfD-Anhängern in

Max Remke hat Geschichte und Politik-Wirtschaft in Göttingen und an der Korea University in Seoul studiert. Er ist Gründungsmitglied von Liberty Rising und Vorsitzender des Michael Gartenschläger Instituts.

“unsere gemeinsame Demokratie”. Fragen sie einen Grünen, ob er sich nicht mehr “Miteinander” und “Teilhabe” der Diesellobby wünschen würde. Fragen Sie eine feministische Gender-Studentin, ob sie “gemeinsam” mit einem evangelikalen Abtreibungsgegner “Demokratie leben” möchte. Sicherlich nicht, denn die Wahrheit ist: Niemand mit klaren politischen Werten liebt die Demokratie. Am Ende bedeutet Demokratie nämlich immer einen Abstrich an den eigenen Idealen, weil andere dazwischenfunken und Kompromisse einfordern.

Ehrlich für „Zuhören“, „Partizipation“, “Beteiligung” und all die anderen kollektivistischen Phrasen kann sich nur begeistern, wer selbst keine klaren Ideale hat - vorrausgesetzt man versteht Gruppendenken nicht als Selbstzweck. Man nennt diese Menschen auch (fälschlich mit positiver Konnotation) die politische Mitte. Leute, die je nachdem was in der Zeitung steht mal dem einen, mal dem anderen Wert Priorität einräumen. Reden alle über die Wirtschaft, dann ist Freiheit wichtiger als Ökologie, reden alle über das Klima, dann ist plötzlich die Ökologie wieder wichtiger als die Freiheit. Diese im Wesentlichen von Idealen unbefangene Mitte, bildet zugleich das Gros jener, die sich eben nicht politisch engagieren. Woher soll auch der Antrieb für solches Engagement kommen, wenn man keine klare Präferenz hat?

Glauben Sie das nicht? Nennen Sie mir die letzte Massendemo unter dem Motto „Die Mieten sind zu hoch und sozial ungerecht, aber die berechtigten Interessen der Vermieter müssen ebenfalls abgewogen werden“ oder die letzte Petition mit einem Titel wie: „Der Tod der Wälder muss aufhören, aber auch die angemessene Erschließung von Neulandflächen für den Bau und intensive landwirtschaftliche Nutzung müssen demgegenüber berücksichtigt werden.“ Das wären abgewogene politische Initiativen der Mitte. Sie berücksichtigen ganz demokratisch alle Interessen. Nur: Sie existieren nicht.

Demonstrationen und Petitionen heißen „Gemeinsam gegen Mietwahnsinn“ oder „Rettet unsere Bienen!“, weil jemand, der erst einmal „alle Seiten versteht“ und “alle betroffenen beteiligt” (also alle Werte als legitim ansieht), üblicherweise erschreckend indifferent wird und danach auf die Idee kommt, irgendwelche „Experten“ seien zur ungemein komplexen Problemlösung zu berufen. Ein Muster, in das die FDP, ja der gesamte deutsche Liberalismus immer wieder aufs neue fällt. Ein Muster, das erwächst aus der Verwechslung von Grundfreiheiten und Demokratie, von freiheitlichen Werten wie “Eigenverantwortung” mit kollektivistischen Werten wie “Teilhabe”.

Der Schaden, den der Liberalismus aus dieser unreflektierten Verwechslung zieht, oder noch schlimmer, aus der bequemen Anpassung an den “Demokratie”-Mainstream, ist immens. Er beginnt gegen seine eigenen Werte zu arbeiten. Er verliert Anhänger, da er sein Alleinstellungsmerkmal Freiheit aufgibt. Er verliert Mobilisierungskraft, weil Kompromisse nunmal nicht mobilisieren. Er verliert das Gefühl für die Zweischneidigkeit der Demokratie zwischen notwendigem und daher unterstützenswerten Übel und Mehrheitstyrannei. Am Ende glaubt er noch selber, er sei die “demokratische Mitte” und ergeht sich in der eigenen Wertlosigkeit. Wären Liberale mutig, sie müssten gegen den kollektivistischen Phrasentornado anschreien. Sie müssten laut fordern: Weniger Demokratie wagen! Aber wie mutig sind schon Liberale?

Das Leiden am sinnlosen Leben

Mit dem Liberalismus kommt auch die Frage nach dem Sinn der eigenen Existenz. Eine Frage, deren Beantwortung nicht einfach ist, aber eine Verheißung und keine Bürde sein kann, wie Rick Wendler philosophiert.

Im Gegensatz zu den politischen Philosophien des Konservatismus und des Sozialismus bietet der Liberalismus kein eigenständiges Konzept der Sinnhaftigkeit der Existenz an. Im Gegenteil, er zeichnet sich gerade durch seine diesbezügliche Negativität aus. Jeder Mensch hat im Liberalismus das Recht, seinen eigenen Lebenssinn zu finden.

Dieses fundamentale Recht ist Ausdruck der liberalen Selbstzweckhaftigkeit des Menschen. Es begründet die humanistische Attraktivität des Liberalismus als Grundlage einer offenen Gesellschaft. Dieses Recht ist aber gleichzeitig auch eine Bürde, da es im Konkreten nur schwer zu greifen ist. Niemand findet unmittelbaren Sinn in dem Recht, sich selbst einen Sinn zu suchen.

Dabei ist die Suche nach einem Sinn der eigenen Existenz ein menschliches Grundbedürfnis, wie der Psychotherapeut Viktor Frankl (1905-1997), der selbst die konzentrationslager Auschwitz und Dachau überlebte, in „Das Leiden am sinnlosen Leben“ beschrieb.

Vielleicht ist es daher kein Zufall, dass im gleichen Maß, wie der Liberalismus seinen Siegeszug antrat, die Menschen aus den gröbsten materiellen Nöten befreite und in die soziale wie politische Selbstbestimmung entließ, er sie auch zur Konfrontation mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit der eigenen Existenz zwang. So stellte Frankl fest, dass jede Zeit ihre eigene Neurose hat. Was bei Freud noch die sexuelle Frustration war, ist in den modernen Wohlstandsgesellschaften eine existenzielle Frustration, ein abgründiges Sinnlosigkeitsgefühl. Der Erfolg des liberalen Kapitalismus hat uns sowohl aus den Banden der sozialen Pflichterfüllung als auch von dem Joch des beschwerlichen Selbsterhalts befreit – damit aber auch von dem, was seit jeher Sinn gestiftet hat.

Wenn es aber keinen verbindlichen Kollektivsinn mehr gibt, droht allein das Leeregefühl vergesellschaftet zu werden, was Frankl als existenzielles Vakuum beschrieb: „Im Gegensatz zum Tier sagen dem Menschen keine Instinkte, was er muss, und im Gegensatz zum Menschen von gestern sagen dem Menschen von heute keine Traditionen mehr, was er soll. Nun, weder wissend, was er muss, noch wissend, was er soll, scheint er oftmals nicht mehr recht zu wissen, was er im Grunde will. So will er denn nur das, was die anderen tun – Konformismus! Oder aber er tut nur

Rick Wendler ist ehemaliger Chefredakteur bei Der Freydenker. Er hat in Jena und Dublin Jura studiert und seine Doktorarbeit zu Hayeks Rechtsphilosophie der spontanen Ordnung geschrieben.

das, was die anderen wollen – von ihm wollen – Totalitarismus."

> ***Es scheint mitunter weniger die offene Tyrannei zu sein, die unsere Freiheit bedroht, sondern die Bequemlichkeit der Unfreiheit, die Verweigerung von Verantwortung und damit die Angst vor der Herausforderung der Sinnsuche im eigenen Leben.***

Dieses Hin-und-her-Geworfensein zwischen Konformismus und Totalitarismus kann auch erklären, warum die einfachen Parolen der kollektivistischen Populisten links wie rechts immer wieder Anziehungskraft entfalten können. Eine simple Identifikation mit der Nation oder der Klasse verheißt einen einfachen Ausweg aus dieser existenziellen Frustration. Denn einen Sinn für das eigene Leben und Handeln zu finden, ist keine triviale Herausforderung in einer offenen Gesellschaft, die keine verbindlichen Kollektivzwecke vorgibt. Freiheit bedingt die Übernahme von Verantwortung. Freiheit für sich zu reklamieren bedeutet, die Eigenverantwortung zu reklamieren. Und Verantwortung ist müßig.

Zu viele Liberale scheinen nach dem Kollaps des Sozialismus die Hände in den intellektuellen Schoß gelegt und sich auf dem "Ende der Geschichte" ausgeruht zu haben. Daher krankt der gegenwärtige Liberalismus zu oft an einer unterkomplexen Laissez-faire-Rhetorik, die suggeriert, dass sich die Dinge schon irgendwie regeln werden. Es sind aber nicht die Dinge, die sich regeln, sondern Menschen, die Verantwortung für diese Dinge übernehmen, regeln diese Dinge. Es sind Unternehmer, die Produkte und Dienste anbieten, die das Leben ihrer Mitmenschen verbessern, es sind Nachbarn und Freunde, die Menschen in Not helfen. Es sind Angehörige, die Kranke und Gebrechliche pflegen. Es scheint mitunter weniger die offene Tyrannei zu sein, die unsere Freiheit bedroht, sondern die Bequemlichkeit der Unfreiheit, die Verweigerung von Verantwortung und damit die Angst vor der Herausforderung der Sinnsuche im eigenen Leben.

Manche suchen ihn in den alten Lehren der Stoiker, andere finden ihn in der Zurschaustellung ihres vermeintlichen Status' durch Konsumgüter und wieder andere finden ihn bei der wöchentlichen Weltrettung am Freitagvormittag. Aber erst wenn es uns gelingt, die konkrete Sinnhaftigkeit von Freiheit und Eigenverantwortung im täglichen Leben wieder aufzuzeigen, kann die Sinnsuche in der offenen Gesellschaft wieder eine Verheißung sein und keine Bürde.

> ***Der Liberalismus hat immer das Wohl des Ganzen, nie das irgendwelcher Sondergruppen im Auge gehabt.***
>
> ***– Ludwig von Mises***

Mach mit!

Wenn Du auch Lust hast, zu schreiben oder Dich mit Themen wie Redaktionsarbeit, Suchmaschinenoptimierung, Marketing oder Blogorganisation auseinanderzusetzen, dann bist Du bei uns richtig. Wir suchen nach jungen Leuten, die Lust haben, den Freydenker mit uns weiter voranzubringen.

KEIN SCHREIBPROFI? KEIN PROBLEM!

Wenn Du Lust hast, journalistisches Schreiben zu lernen, helfen wir Dir gern. Unsere Redaktion arbeitet mit Dir intensiv an Deinen Texten und gibt Dir Feedback zu den einzelnen Schritten.

INTERESSIERT? NOCH FRAGEN? MELDE DICH EINFACH UNTER:

redaktion@derfreydenker.de

ARTIKEL, INFORMATIONEN UND VIELES MEHR ZUM MAGAZIN AUF:

facebook.com/derfreydenker
instagram.com/derfreydenker
derfreydenker.de

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion oder Students For Liberty wider.

Bildnachweise:

Cover/S.43: https://unsplash.com/photos/A7KD1kdXD-o

S. 6: https://unsplash.com/photos/IHKBF23A_iw

S. 9: https://unsplash.com/photos/7rehTDIfR8o

S. 12: https://unsplash.com/photos/hRdVSYpffas

S. 17: https://unsplash.com/photos/wGXRVgvCVWA und https://unsplash.com/photos/MCWONeEXhC4

S. 21: https://unsplash.com/photos/tMvuB9se2uQ

S. 25: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Cole_Thomas_The_Consummation_The_Course_of_the_Empire_1836.jpg

S. 28: https://unsplash.com/photos/0W4XLGITrHg

S. 29: https://unsplash.com/photos/UZqq8Oi7PXk

S. 32: https://unsplash.com/photos/ffPZZ-TBDuw

S. 35: https://unsplash.com/photos/p7Db2QU6GTY

S. 36: https://unsplash.com/photos/znZFuVcGen4

S. 37: https://unsplash.com/photos/U8WfiRpsQ7Y

S. 39: https://unsplash.com/photos/b0TVblffqco

S. 41: https://unsplash.com/photos/JzPwEn9COCA

IMPRESSUM

Der Freydenker ist ein Magazin der deutschsprachigen Students For Liberty. Es wird an die Students For Liberty-Gruppen in Deutschland, Österreich und der Schweiz weitergeleitet und über diese kostenlos an Hochschulen sowie auf Konferenzen verteilt. Das Magazin widmet sich Themen rund um Freiheit, Liberalismus und Selbstbestimmung.

Herausgeber:
Students For Liberty
1750 Tysons Boulevard, Suite 1500
McLean, VA 22102

Chefredaktion:
Max Molden (V.i.S.d.P.)
mmolden@studentsforliberty.org

Redaktion:
Paulina Plinke
Florian Windberger
Juan D. Estevez
Alexandre Kintzinger
Vincent Czyrnik
Adam Mazik
Dr. Rick Wendler

Grafik und Design:
Bader Zaidan
bzaidan@studentsforliberty.org

Auflage:
2.000

Druck:
WIRmachenDRUCK GmbH
Mühlbachstr. 7
71522 Backnang
Deutschland

WirmachenDruck.de
Sie sparen, wir drucken!

„DER STAAT IST DIE GROSSE FIKTION, MIT DEREN HILFE SICH ALLE BEMÜHEN, AUF KOSTEN ALLER ZU LEBEN.“

– FRÉDÉRIC BASTIAT